

---

# Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

Oktober 2021

---



# Inhalt

---

## Aus dem Verein

- 05 AK Asyl e.V. im Internet
- 06 AK Asyl ein knappes Jahr nach der Gründung - was ist passiert?
- 08 15 Jahre AK Asyl - Rückblick und Ausblick mit alten Freund:innen
- 12 Jede Spende hilft! Durch Corona wird es enger für Geflüchtete und auch für den AK Asyl

## Vor der Haustür

- 13 Offener Brief: Geflüchtete in Sammelunterkünften - bei den Covid-19- Impfungen vergessen?!
- 15 Einladung zum Café BONVENON
- 15 Wir fordern: Aussetzung von Abschiebung & Abschiebehaft
- 16 Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche startet
- 18 Solidarisch geht anders!
- 20 Initiative für einen Gedenkort für die Opfer rassistischer Gewalt

## Über den Tellerrand

- 22 Aus griechischen Lagern in die deutsche Ungewissheit
- 24 Europäisches Asylsystem (GEAS)
- 25 Todesursache: Unterlassene Hilfeleistung
- 27 Unabhängigkeit in Afrika ist eine Illusion
- 28 A independencia em África é fictícia (Migracao/Refugio)
- 30 Tulpen auf der Straße - Widerstand afghanischer Frauen gegen die Taliban

## Kulturelles

- 32 Mit Power durch die Mauer!!!
- 29 Oh meine Dame

## Sonstiges

- 34 Impressum

## Liebe Unterstützer:innen, liebe Leser:innen,

in diesem Jahr hat der AK Asyl e.V. etwas ganz Besonderes zu feiern: unser 15-jähriges Jubiläum! Wir freuen uns sehr und gratulieren allen Beteiligten! Wir bedanken uns für die langjährige Arbeit und die Energie, die in den Verein geflossen ist und wünschen allen weiterhin viel Kraft. Der größte Dank gilt dabei den vielen Klient:innen, die sich dem AK Asyl e.V. anvertraut haben und immer noch anvertrauen.

Wir hoffen auf eine zukünftige Jubiläums-Party mit allen Weggefährt:innen, sobald es die Pandemie-Situation erlaubt – und zur Überbrückung laden wir euch ein, ein wenig in diesem Jubiläums-Heft zu stöbern und zu lesen, was einige Gründungsmitglieder und langjährige Unterstützer:innen des Vereins zu erzählen haben. Denn passend zum unserem 15-jährigem Jubiläum gibt es hiermit auch die 15. Ausgabe unseres Infobriefes.

Leider ist unsere Arbeit noch immer mehr als notwendig, das mussten wir auch in diesem Jahr erneut feststellen. Auf allen Ebenen (im Verein, vor der Haustür und über den Tellerrand geschaut) zeigt sich weiterhin, dass Geflüchteten ihre Rechte nicht von allein zugestanden werden, sondern sie immer wieder aktiv eingefordert und erkämpft werden müssen.

Besonders deutlich zeigt sich diese Notwendigkeit bei einem Blick auf die aktuelle Lage in Afghanistan (auf die in einem Artikel in dieser Ausgabe des Infobriefes eingegangen wird).

Während in Kabul die Taliban die Macht ergreifen, sogenannte Ortskräfte und viele weitere schutzbedürftige Personen zurückgelassen werden, von Ermordungen, Übergriffen, Zwangsverheiratungen und Einschränkungen für Frauen und Minderheiten berichtet wird, fordern Politiker:innen in Deutschland, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Es gibt viele Ereignisse aus 2015, die sich nicht wiederholen dürfen: der Rechtsruck, die Angriffe auf geflüchteten Unterkünfte oder auch die Gesetzesverschärfungen im Asylrecht. Aber leider ist nichts davon gemeint. Was damit gemeint ist, ist klar: Es dürfen nicht wieder so viele Geflüchtete nach Deutschland kommen. Dieser Tenor zieht sich durch viele Parteien und gesellschaftliche Schichten. Es wird viel getan, um Ge-

flüchtete möglichst weit weg zu halten. Es werden Deals mit Nachbarländern abgeschlossen und Fluchtrouten weiterhin erschwert. So baut beispielsweise die Türkei aktuell an einer Mauer an ihrer Grenze zum Iran, die ihr Land vor Geflüchteten abschotten soll, und es gibt nach wie vor keine sicheren Fluchtrouten.

Ein weiteres Thema in den Wochen vor Redaktionsschluss war der Wahlkampf um die Bundestagswahl. Ein Wahlkampf bei dem, anders als in der Vergangenheit, das Thema Flucht und Geflüchtete eine erstaunlich geringe Rolle gespielt hat. Auch erstaunlich ist, dass der gesellschaftliche Rechtsruck, rechte Polizei-Chats, der NSU, der NSU 2.0 und rechte Morde wie in Hanau und Halle kein Thema gespielt haben. Dabei ist es unserer Meinung nach enorm wichtig, sich zu erinnern und sich mit diesen Rechten Bewegungen auseinander zu setzen. In dieser Ausgabe befindet sich eine Rede der Initiative für einen Gedenkort Bielefeld, der sich auf die rassistischen Morde und den rassistischen Normalzustand bezieht.

Dieses Jahr war auch ein Jahr der Wetterextreme. Im Winter gab es heftige Schneefälle. Ganz Bielefeld war von einer dicken weißen Schicht bedeckt, die alles lahm legte. Es wurde Schlitten gefahren, Schneemenschen und Iglus gebaut. Im Sommer gab es starke Regenfälle, die auch in NRW zu massiven Überschwemmungen geführt haben. Die erschreckenden Bilder von ganzen Ortschaften die weggespült wurden oder im Schlamm versanken verdeutlichen, dass die Klimaveränderungen auch hier angekommen sind. Der Klimawandel ist eng mit dem Thema Flucht verknüpft. So könnte der Klimawandel zu einer der Hauptfluchtursachen werden.

### Aus dem Verein

Das Jahr 2021 war auch weiterhin von Corona geprägt. Obwohl die große Mehrheit der Mitarbeiter:innen und auch viele der Klient:innen mittlerweile geimpft sind, ist der Beratungsalltag von Hygienevorschriften bestimmt. Wir arbeiten weiterhin mit festen Terminen und beraten wenn möglich telefonisch. Die offenen Sprechzeiten konnten noch nicht wieder aufgenommen werden, da es bei ihnen

in der Vergangenheit viel Andrang gab. Dennoch ist es uns wichtig, das Büro permanent geöffnet zu halten und Präsenztermine weiterhin zu ermöglichen. Neben Terminen im Büro wurden auch Beratungsgespräche auf öffentlichen Plätzen oder in Parks geführt. Besonders im PSZ benötigen viele Klient:innen regelmäßig persönliche Termine, diese fanden nun auch spazierend, Tischtennis spielend oder in der Sonne sitzend statt. Diese neue Form der Beratung wollen wir gerne langfristig immer wieder nutzen, wenn sie sich bei Klient:innen anbietet.

Auch in diesem Jahr gab es mehr personelle Veränderungen, die sich hauptsächlich durch Elternzeitvertretungen ergeben haben. So waren in diesem Jahr zeitweise vier feste Mitarbeiter:innen zeitgleich in Elternzeit. Leider hat uns auch eine langjährige Mitarbeiterin verlassen.

## **Aus der Beratung**

In der Regionalberatung gibt es nach wie vor viele Anfragen. Besonders die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat zu sehr vielen Anfragen von Personen aus Afghanistan geführt, die sich zum einen Sorgen um ihre Familien und Freund:innen vor Ort machen, und zum anderen Beratung bezüglich ihrer Bleibeperspektive in Deutschland benötigten. Es wurde daher zwischenzeitlich eine Afghanistan-sprechstunde eingeführt.

Für die Verfahrensberatung war es bedingt durch die Coronasituation wieder ein herausforderndes Jahr. In den Unterkünften gab es immer wieder Personen die positiv getestet wurden. Glücklicherweise haben die inzwischen erarbeiteten Hygienekonzepte dazu geführt, dass es keinen größeren Ausbruch mehr gab. Es wurde sich intensiv dafür eingesetzt, dass die Geflüchteten das Recht bekamen, sich ihrer Priorisierung nach impfen zu lassen (siehe hierzu auch den offenen Brief zum Thema Impfungen für Personen in Sammelunterkünften hier im Heft).

Im psychosozialen Zentrum gab es durch zwei Elternzeiten und eine Person, die das Team verlassen hat, besonders viel personellen Wechsel. Erfreulicherweise können wir mitteilen, dass unser von Aktion Mensch finanziertes Projekt zur Unterstützung von jungen traumatisierten Volljährigen um ein Jahr verlängert wurde! Wir werden diese Personengruppe daher auch im nächsten Jahr unterstützen können und müssen keine Stellen abbauen.

Unsere Beratung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete hat in diesem Jahr Unterstützung bekom-

men, da die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche eröffnet wurde.

## **Überblick zum aktuellen Heft**

Der Infobrief startet mit einem 14 Jahre alten Rückblick. Nach dem ersten Jahr Ak Asyl hatte Kathrin Dallwitz im ersten Infobrief reflektiert, was in der Anfangszeit passiert ist. Diesen Text drucken wir jetzt noch einmal ab. Weiter geht es mit Interviews von Gründungsmitgliedern/ Personen die eng mit dem Ak Asyl verbunden sind. Anschließend findet ihr unseren Spendenbrief, denn ohne Spenden von euch können wir unserer Arbeit nicht fortführen.

Der Heftabschnitt „vor der Haustür“ beginnt mit dem offenen Brief „Geflüchtete in Sammelunterkünften – bei den Covid-19-Impfungen vergessen?!“, der vom AK Asyl Bielefeld und weiteren Bielefelder Vereinen und Initiativen verfasst wurde. Anschließend folgt eine Einladung zum Café BONVENON im Heisenbergweg. Der Artikel „Wir fordern: Aussetzung von Abschiebungen und des menschenverachtenden Instruments der Abschiebehaft“ stellt Forderungen auf, die sich auf Abschiebungen während Corona beziehen. Als nächstes stellt sich die Fachstelle Trauma und Flucht vor, die in diesem Jahr für Kinder und Jugendliche aus Bielefeld und Umgebung eröffnet wurde. Es folgen Redebeiträge von Demonstrationen: Der Redebeitrag „Solidarisch geht anders!“, der deutlich macht, dass Bielefeld aktuell noch keine Solidarische Stadt ist, sowie ein Redebeitrag der Initiative für einen Gedenkort Bielefeld.

Dieser Abschnitt schließt ab mit dem Artikel „Von Moria und Kara Tepe in die deutschen Lager“, der die Entscheidungspraxis des BAMFs bezüglich Personen thematisiert, die über Griechenland nach Deutschland gekommen sind.

Der Heftabschnitt „Über den Tellerrand“ beginnt mit einem kurzen Überblick über das gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS). Darauf folgt die Rede „Todesursache: Unterlassene Hilfeleistung“ die von Alarmphone Bielefeld auf der 1.Mai-Demonstration in Bielefeld gehalten wurde und in der das bewusste Sterbenlassen von Menschen auf dem Mittelmeer thematisiert wird. Im Artikel „Unabhängigkeit in Afrika ist eine Illusion / A independencia em África é fictícia“, den wir sowohl im Original auf Portugiesisch als auch auf Deutsch abdrucken, geht es um die Folgen des Kolonialismus/Imperialismus für den afrikanischen Kontinent sowie Flucht- und Migrationsbewegungen in Richtung Europa.

Abschließend folgt ein Artikel zur aktuellen Situation in Afghanistan. Im Abschnitt Kulturelles erwartet euch ein Songtext, der sich kritisch mit Abschiebehaft auseinandersetzt und ein Gedicht.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Unterstützer:innen, Mitarbeiter:innen, langjährigen Freund:innen und Begleiter:innen und freuen uns auf weitere 15 Jahre der Zusammenarbeit!

## Herzliche und solidarische Grüße

Lina Honens und Isabelle Sanders für das Team vom AK Asyl e.V.



---

## AK Asyl e.V. im Internet

Seit etwas mehr als sechs Jahren wird die Homepage des AK Asyl e.V. von ehrenamtlichen Unterstützer:innen betreut und regelmäßig aktualisiert. Geflüchtete, Unterstützer:innen und Interessierte finden auf den Seiten ausführliche Erklärungen zu den einzelnen Arbeitsbereichen. Dort befinden sich auch die aktuellen Sprechzeiten und Kontaktdaten von allen Mitarbeiter:innen.

Mehrmals im Monat gibt es aktuelle Mitteilungen des AK Asyl e.V. oder aus dessen Umfeld. Eine gute Möglichkeit um in der Zeit bis zur nächsten GrenzenLos auf dem Laufenden zu bleiben. Unter anderem werden dort die Termine, Veranstaltungen und die Pressemitteilungen des Vereins veröffentlicht.

Ein akuelles Projekt ist die Übersetzung der Seite auf verschiedene Sprachen. Dank der tatkräftigen Unterstützung ehrenamtlicher Dolmetscher ist die Seite nun größtenteils auf Englisch, zum Teil auch auf Französisch verfügbar. Zahlreiche weitere Sprachen sollen folgen!

**[www.ak-asyl.info](http://www.ak-asyl.info)**

## AK Asyl ein knappes Jahr nach der Gründung – was ist passiert?

von Kathrin Dallwitz

Ein kleiner Zeitsprung in das Jahr 2007, ein Jahr nach der Gründung des AK Asyl e.V. - auch damals schon gab es einen Rundbrief, aus dem wir den folgenden Artikel entnommen haben, um euch/Ihnen einen Einblick in die AK-Arbeit aus den Anfangsjahren zu geben. Viel Spaß beim Lesen!

Im Einzelnen hat das für uns Folgendes bedeutet:

Wir haben in den Räumen des Anatolienzentrums ein Büro und können die anderen Räume in Absprache mitnutzen. Insgesamt schätzen wir die gute und lebendige Kooperation sehr und freuen uns, dass auch das Anatolienzentrum mit seinen Räumen für andere Flüchtlingsgruppen offen steht. Was unser Büro angeht, hoffen wir, dass wir bis zum Ende des Jahres die noch anstehenden Investitionen für eine funktionierende Infrastruktur machen können, sodass endlich alles reibungslos funktioniert.

Im Büro arbeiten wir mit zwei halben hauptamtlichen Stellen (Frank Gockel und Kathrin Dallwitz) und einer ABM-Kraft (Özlem Tumani). Wir freuen uns aber auch über die tatkräftige Mitarbeit von Hikmet Inac, Viola Engels, Pepe Luneta, Anamaria Diaz, Javiera Duran-Diaz, Gabriel Norbert, Catrin Hirte-Piel, Nilofar Ziarmal, Jhon Gehrke, Sedat Celik und anderen schnell einsatzbereiten UnterstützerInnen. Diese Zusammenarbeit und der engagierte freiwillige Einsatz von allen ist es, was das Arbeiten hier lebendig macht und uns gegenseitig Mut und Kraft gibt, sich weiter für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen, auch wenn gesellschaftlich die Rechte immer weiter beschnitten werden.

### **Danke an Euch alle!**

Konkret bieten wir vier offene Beratungszeiten an, in denen Flüchtlinge kommen können mit allen Fragen, Unterstützungswünschen etc. Für längere intensivere Gespräche oder besondere Zeitwünsche vereinbaren wir auch Extratermine. Konkret geht es dabei natürlich hauptsächlich um aufenthaltsrechtliche Fragen, aus denen sich aber auch andere Fragen ableiten, die z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen usw. betreffen. Wir be-

sprechen dann gemeinsam die Möglichkeiten und planen nächste Schritte und Strategien.

Wir haben in dem ¾ Jahr ca. 120 Personen aus 30 verschiedenen Ländern beraten und unterstützt, der Rahmen ist sehr unterschiedlich. Dabei ist es uns ein Anliegen, auch für die Flüchtlinge in den ländlichen Regionen im Umland Unterstützung anzubieten. Die meisten Flüchtlinge kommen immer wieder, manchmal in kurzen, manchmal in längeren Abständen. Das Büro ist beim ersten Mal vielleicht etwas schwer zu finden, aber nach unseren bisherigen Erfahrungen hält das die Menschen nicht ab. Auch die Befürchtung, dass wegen dem Anatolienzentrum „nur“ türkisch-kurdische Flüchtlinge kommen würden, hat sich als falsch herausgestellt. Wir hoffen, dass in diesem Jahr im Anatolienzentrum auch noch eine kleine Kantine entsteht, sodass BesucherInnen des AK Asyl dort auch in Ruhe einen Tee trinken, Zeitung lesen oder auch am PC selber Briefe schreiben können.

Sehr beschäftigt hat uns wieder die Situation von durch Krieg und Folter traumatisierten Flüchtlingen. Weiterhin werden bei vielen traumatisierten Flüchtlingen die Asylanträge abgelehnt. Unser Angebot ist es, mit Ihnen zu gucken, ob und wie noch mal ein Gutachten über ihre Situation erstellt werden kann, um es möglicherweise für einen Erst- oder Folgeantrag verwenden zu können. Außerdem unterstützen wir sie bei organisatorischen/bürokratischen Aufgaben und machen ihnen Mut, nicht aufzugeben. Gerade für diese Gruppe von Flüchtlingen ist die Bleiberechts- und Altfallregelung oftmals nicht geeignet, da sie Berufstätigkeit vorsieht, was viele auf Grund ihres Gesundheitszustandes in dem Umfang nicht mehr leisten können.

# Aus dem Verein

---

Vielfach ist die Situation so verfahren, dass regelmäßige intensive Gespräche erforderlich sind. Hier sind - trotz viel ehrenamtlichen Einsatzes - unsere Kapazitäten oft überfordert. Wir überlegen deswegen im Moment, wie sich die psychosoziale Struktur für traumatisierte Flüchtlinge noch verbessern lässt und wie ein geeignetes Projekt aussehen und finanziert werden könnte. Im nächsten Rundbrief werden wir Euch/Sie mehr darüber informieren.

Nach Auflösung des Vereins Medizinische Hilfe für Flüchtlinge hat sich im AK Asyl eine Arbeitsgruppe gefunden, die sich dieser Aufgabe angenommen hat.

Ein anderes aktuelles Thema ist die Situation von Flüchtlingen aus Afghanistan. Dass zu einer Zeit, in der Tornados in Afghanistan eingesetzt werden, zwar in den meisten Bundesländern Familien zumindest eine Duldung erhalten, trotzdem junge Männer direkt in den Krieg abgeschoben werden und auch Familien immer weiter ohne Perspektive hier leben müssen, empört uns besonders. In der Beratung unterstützen wir Flüchtlinge in ihrer Situation und fordern aber angesichts der katastrophalen Situation ein generelles Abschiebeverbot und Bleiberecht für sie.

Durch die Kooperation mit dem Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren und die räumliche Nähe zu diesem einzigen Abschiebe-gefängnis für

Männer in NRW beschäftigt uns auch die Situation dort sehr. Besuche dort sind rein ehrenamtlich, aber wir sehen sie als Teil unserer Aufgabe an. Proteste von Flüchtlingen innerhalb der JVA, wie jetzt im September der 3-tägige Hungerstreik von 60 Inhaftierten, machen auf die Situation der dort inhaftierten Flüchtlinge aufmerksam (siehe <http://buerendemo.twoday.net/topics/Hungerstreik/>). Am 2. September fand in Büren die jährliche Demonstration gegen Abschiebehaft statt, zu der wir in Bielefeld mobilisiert haben und mit ca. 30 Leuten mit Bullis und Autos hingefahren sind.

Seit 6 Wochen ist das Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz in Kraft. Leider haben wir es auf Grund von vielen anderen Aktionen nicht geschafft, uns inhaltlich im Vorfeld in die Diskussion einzumischen und uns nach außen zu positionieren. Da wir es uns aber unter anderem zur Aufgaben gemacht haben, auch Fortbildungen anzubieten, haben wir am 12. September eine Tagesveranstaltung organisiert. Weitere werden folgen. Im April fand im IBZ eine Party unter dem Motto „Auf Reisen“ statt. Wir haben bei der Party das Essen gekocht und verkauft und haben außerdem von den KünstlerInnen den Eintritt als Spende erhalten. An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal für diese tolle Unterstützung bedanken!



## 15 Jahre AK Asyl – Rückblick und Ausblick mit alten Freund:innen

Gespräche führten Mathis Bauer und Sabine Brunzlik

Once upon a time: Der Flüchtlingsrat Bielefeld – den es heute nicht mehr gibt - hatte 2006 beschlossen, die hauptamtliche Flüchtlingsarbeit nicht mehr fortzusetzen. Da diese Arbeit jedoch weiter dringend in Bielefeld gebraucht wurde, haben sich Kathrin Dallwitz und Frank Gockel ziemlich spontan zusammengefunden um den heutigen AK Asyl e. V. zu gründen und diese wichtige Arbeit in Bielefeld weiter durchführen zu können. Am sogenannten „Tag der Deutschen Einheit“ des Jahres 2006 fand die Gründungssitzung des Vereins statt. Ziel war es, zum 01.01.2007 an den Start zu gehen.

**Frank Gockel**, Gründungsmitglied, erinnert sich:

„Aus dem Nichts heraus haben wir mit Hilfe vieler Unterstützer:innen den Verein ins Leben gerufen. Die Fördermittel waren zunächst unsicher, so dass es auch finanziell ein großes Wagnis war, diesen Weg zu gehen. Die Arbeit begann tatsächlich wie geplant am 2.1.2007.

Unsere klare Vision war damals: Wir brauchen professionelle Beratungsstrukturen in Bielefeld.

Ohne die vielen Menschen, die finanziell, mit Räumen, Einrichtungsgegenständen, Beratung und Mut machenden Worten unterstützt haben, wäre all das nicht möglich gewesen. Erst im Mai 2007 konnten die Sektkorken knallen, als sich die Vision in Form des Bewilligungsbescheides und somit die Finanzierung der Stelle erfüllte.

Ich wünsche dem AK weiterhin den Mut, die Stärke und die Entschlossenheit kreativ mit den Gesetzen umzugehen. Außerdem, dass der AK ein großer und starker Verein bleibt, der ein wichtiges Bindungsglied in der Bielefelder Gesellschaft ist. Letztendlich wünsche ich mir jedoch, dass es in absehbarer Zeit eine vernünftige Flüchtlingspolitik gibt, dass es keine Grenzen mehr gibt, und die Flüchtlingsberatung perspektivisch überflüssig wird.“

**Kathrin Dallwitz**, Gründungsmitglied und Mitarbeiterin beim AK, erzählt von den Zielen und Wandlungen:

„Wir sind der Meinung, dass es schon bei dieser sehr komplexen rechtlichen Situation und einfach viel Unterstützungsbedarf auch gut ist, wenn man hauptamtliche Menschen hat, die einfach mit mehr Zeit dran sind und das rein ehrenamtlich nicht so leistbar ist.

Eigentlich ist ja ganz viel an dem wozu wir beraten und der rechtliche Rahmen in dem wir uns bewegen ein Rahmen, der nicht unserer Vision vom Leben ohne Grenzen und von Bewegungsfreiheit für alle entspricht und von daher - die große Vision ist was anderes. Ansonsten ist der Wunsch erst mal, dass alle Menschen die Unterstützung und die Beratung kriegen, die sie auch brauchen, um gut Entscheidungen treffen zu können und auch Beratung, die nicht paternalistisch alles für sie übernimmt, sondern die ihnen hilft, die Entscheidungen selber zu treffen.

Was anders ist, ist, dass damals die Zahl der Geflüchteten wesentlich geringer war und dass durch die vielen Menschen, die 2015 kamen sich ja teilweise auch das Bewusstsein, dass es Geflüchtete gibt und dass es auch ein Recht gibt hier zu sein, schon an einigen Stellen auch verbessert hat.

Was damals fand ich ziemlich massiv war, war eine große Zahl von Geflüchteten damals waren Roma und wir hatten einfach schon mit einem ganz starken Antiziganismus<sup>1</sup> zu tun. Das fand ich da schon sehr massiv und zu der Zeit war die rechtliche Situation an einigen Stellen schon anders: wir hatten noch nicht so viele Möglichkeiten mit den sog. „Integrationsparagrafen“<sup>2</sup> was zu machen. Das waren schon immer mehr so richtig Ausnahmeregelungen

# Aus dem Verein

für langjährig Geduldete nach komplizierten Fristenregelungen - wenn's die überhaupt gab. Minimal hat sich bei Behörden im Bewusstsein für einen respektvollen Umgang ein bisschen was verändert, durch so eine öffentliche Auseinandersetzung.

Letztendlich würde ich mir wünschen, dass wir in 15 Jahren an einer Stelle sind, wo Menschen viel schneller einen Aufenthaltstitel kriegen können und uns – was ich vorhin gesagt hatte – eigentlich viel weniger brauchen. Ich würde mir wünschen, dass das, was Geflüchtete vortragen nicht so viel in Frage gestellt wird, also zum Beispiel beim dem Thema mit dem wir im PSZ-Bereich viel zu tun haben, dieses ständige Infragestellen davon, ob da wirklich eine Traumafolgestörung vorliegt, mit Nachweis von elend langen Stellungnahmen, die man von Ärzt\*innen gar nicht kriegen kann, was letztendlich dazu führt, dass es so was wie einen Schutz für Geflüchtete mit Traumafolgestörung oft gar nicht gibt. Da würde mich mir einfach mehr Respekt für das, was sie selber sagen wünschen. Ich würde mir auch wünschen, dass die Behörden, das BAMF<sup>4</sup> etwa, das, was sie selber an Untersuchungen machen, sich selber mal durchlesen. Weil wenn sie sich zum Beispiel mal durchlesen würden, wie viele Prozent der Geflüchteten eine hohe Wahrscheinlichkeit an einer Traumafolgestörung zu erkranken haben und traumatisiert sind, wenn sie das sehen würden – nämlich 40% - dann würden sie sehen, dass das, was sie dann als Schutz geben minimalst ist und eigentlich eine Frechheit und sie eigentlich da was in ihrer Praxis ändern müssten weil sie diesen Schutz nicht gewährleisten. Es ist einfach eine permanente Politik von nicht glauben, nicht Respekt zeigen - an bestimmten Stellen.“



weiter auf der nächsten Seite



# Aus dem Verein

---

**Jens Drüke**, Vorstandsmitglied der ersten Stunde, erinnert sich:

„Unvergesslich bleibt die Gründungssitzung in unserem Wohnzimmer. Nachdem wir die Kinder ins Bett gebracht hatten, haben wir fast bis Mitternacht getagt. Was auf jeden Fall erwähnenswert ist, ist diese große Unterstützungskultur, die sich damals um den AK gebildet hatte. Als der AK personell in den Jahren 2015/2016 sehr stark gewachsen ist, war ein Umzug in größere Räumlichkeiten notwendig. Die Miete war günstig, da eine Menge Eigenleistung gefordert war, um die Räume beziehen zu können. Die viele tatkräftige Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer:innen hat dies erst möglich gemacht.

Ich wünsche dem AK klare und längerfristige Stellenzusagen um eine personelle Kontinuität zu fördern. Weiterhin eine verlässliche ehrenamtliche Struktur, die die Arbeit des AK unterfüttert. Reduzierung von Zusatzarbeiten zur Erhaltung des Vereins, damit eine Konzentration auf die eigentliche Arbeit wieder möglich ist.“

**Hikmet Inac**, Vorstandsmitglied der ersten Stunde, erzählt:

„Ich selbst bin als Migrant in dieses Land gekommen. Das war kein einfacher Weg. Ich wollte aktiv dazu beitragen, dass anderen Hilfesuchenden effektiver geholfen wird. Wir wollten gemeinsam dazu beitragen, dass jede:r hier Ankommende (unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Glaube) Gehör für seine Probleme findet und gemeinsame Lösungen finden.

Ich wünsche dem AK dass Unterstützer:innen im Bewusstsein von Solidarität und Widerstand und hilfesuchende Menschen nach Lösungen ihrer Probleme jederzeit unterstützend dem Verein verbunden bleiben.“

**Jessica Porst**, aus Bangladesch geflüchtet, erinnert sich:

Ich kam 2013 nach Bielefeld. Ich kam spät an einem Freitag, es war kalt, ich war alleine, kannte weder Bielefeld noch die Sprache und fühlte mich sehr verloren. Zunächst war ich in Brackwede in einer Unterkunft. Am Abend kam jemand vom AK in die Unterkunft, verteilte warme Kleidung und Visitenkarten. Ich konnte ein bisschen englisch und suchte den Kontakt. Ich habe vom AK sehr viel Unterstützung bekommen. Für mich ist der AK mein 2. Lebenshelfer. Alle haben mir viel Liebe, Power und eine Familie in Deutschland gegeben. Ich begleite heute den Verein ehrenamtlich, indem ich für Menschen aus meiner Heimat übersetze.

Ich wünsche mir dass noch viele Menschen Hilfe beim AK bekommen. Der AK vermittelt Vertrauen, die Mitarbeiter:innen wissen viel und helfen immer.

**Joachim Poggenklaß**, ehemaliges Vorstandsmitglied und Wegbegleiter, erzählt:

„Es gab schon vor der Gründung Berührungspunkte über das Wanderkirchenasyl kurdischer Flüchtlinge und dem Arbeitskreis Interdisziplinäre Flüchtlingsarbeit. Ich habe den entstehenden Verein erst später in Funktion unterstützt, ihn aber ständig freundlich mit begleitet.

Ich wünsche dem AK power, Ideenreichtum und gute Leute, die Beraterisch (in Teamwork und politisch) topfit sind und dran bleiben. Außerdem, dass der Verein seine Autonomie bewahrt. Das ist eine riesige Leistung, unter so schwierigen Umständen einen Verein zu gründen, sich in solch einer Bredouille über Wasser zu halten. Das muss man erst mal nachmachen. Perspektivisch wünsche ich, dass nur noch ein Minimum an Beratung notwendig sein muss, und dass Kirchenasyl nicht mehr nötig sein muss.“

<sup>1</sup> Rassismus und Diskriminierung, welche insbesondere Rom:nja und Sinti:zze benachteiligt.

<sup>2</sup> §§25a, 25b Aufenthaltsgesetz; nach welchen Menschen nach bestimmten (wirtschaftlich orientierten) Kriterien nach 4-8 Jahren in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erlangen können.

<sup>3</sup> Psycho-Soziales Zentrum für traumatisierte Geflüchtete, eine Kooperation zwischen AK Asyl und der Klinik für Psychotherapeutische und Psychosomatische Medizin im EvKB (Johannesstift)

<sup>4</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, entscheidet über die (nicht-)Anerkennung von Asyl etc.

<sup>5</sup> § 87 Aufenthaltsgesetz; Öffentliche Stellen müssen hiernach Ausländerbehörden mitteilen, wenn Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis bei ihnen sind um diese abschieben zu können.



## MediNetz Bielefeld

Medizinische Flüchtlingshilfe für  
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

**Viola Engels**, ehem. Vorstandsmitglied und aktiv im MediNetz, erzählt von den Zielen und Wandlungen:

„Wir haben insgesamt viel erreicht, auch wenn unser Ziel noch in weiter Ferne liegt. Trotzdem haben wir die Thematik sowohl hier in Bielefeld als auch in NRW und auf bundespolitischer Ebene immer wieder ins Gedächtnis gerufen. Wir haben mit dafür gesorgt, dass sich bestimmte Sachen geändert haben, wir haben uns auf allen Ebenen vernetzt und sind dadurch sehr viel stärker geworden als Stimme, die man nicht überhören kann.“

Wir [haben] im AK Asyl auch eine Sprechstunde Donnerstag nachmittags angeboten. Da kam dann allerdings so gut wie niemand: die Zahnschmerzen [kommen] nicht donnerstags nachmittags, wenn gerade die Sprechstunde offen ist, sondern irgendwann. Daraufhin haben wir unser Konzept umgestellt und die telefonische Vermittlung parallel zu den Praxissprechzeiten eingeführt, die sich bis heute bewährt. Seitdem sind die Zahlen an Anfragen kontinuierlich angestiegen. Das Schöne ist, dass inzwischen nicht nur Beratungsstellen oder Unterstützerinnen und Unterstützer anrufen, sondern auch die Betroffenen selber. Ich glaube, dass sie diesen Kontakt auch untereinander weitergeben und wir bekannter geworden sind.

Wenn wir Anfragen entgegennehmen von Menschen, die ins Krankenhaus müssen, oder wenn akut jemand im Krankenhaus landet und die Krankenversicherungsfrage nicht geklärt ist und ungeklärt bleibt, dann stehen wir, v.a. aber die Betroffenen, vor immensen Kosten. Wir können eine Menge über Absprachen und Entgegenkommen seitens der Kliniken und Spenden stemmen, aber die wirklichen Probleme, also medizinisch große Behandlungen oder Operationen, sind im Grunde völlig ungeklärt. Da ist die Politik am Hebel, zum Beispiel den „Übermittlungsparagrafen“5 abzuschaffen.

Was wir aber in den 13 Jahren aufgebaut haben, sind sehr gute Kontakte zu verschiedenen anderen NGOs, zu den Kirchen, den Krankenhausverwaltungen und z.T. auch den geschäftsführenden Ebenen, um Absprachen zu treffen: wie kann es denn laufen, wenn eine Frau ohne geklärten Krankenversicherungsschutz für eine Entbindung zu uns und damit dann auch in die Klinik kommt. Da gibt es mit drei Geburtskliniken Absprachen, dass jede eine Geburt pro Jahr spendet, und das ist schon mal eine gute Grundlage. Aber auch bei ansonsten anfallenden Kosten können wir oft aushandeln, dass die Klinik z.B. auf einen Teil einer Rechnung verzichtet oder dass wir einen Teil der Kosten aufbringen. Da gibt es ganz verschiedene Möglichkeiten. Es ist allerdings immer von dem good will aller Beteiligten abhängig. Also es ist leider kein Recht, was da besteht, aber immerhin funktioniert es im Großen und Ganzen auf lokaler Ebene ganz gut.

Ich wünsche dem AK Asyl, dass die unglaublich tolle und versierte Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort leisten, viel mehr als bisher anerkannt wird, und dass der AK Asyl von den Behörden ebenso wie von der Politik Wertschätzung erfährt. Ich glaube, viele wissen gar nicht, was die Menschen an dieser Arbeit haben, an dieser Beratung.“

**An dieser Stelle nochmal ein herzliches  
Dankeschön an alle Geburtshelfer:innen und bis  
dato Unterstützer:innen!**

## **Jede Spende hilft!** **Durch Corona wird es enger für Geflüchtete** **und auch für den AK Asyl e.V.**

**Liebe Freund:innen, liebe Unterstützer:innen, liebe Interessierte,**

Enge in den eigenen vier Wänden, Kontakt mit den Nächsten nur über Video Calls. Für die meisten Menschen erst durch Corona eine neue Realität. Doch viele Geflüchtete kennen das auch ohne Pandemie. Gleichzeitig treffen sie Corona und die Einschränkungen besonders hart. Beengte Wohnverhältnisse werden noch erdrückender. Integrations- und Unterstützungsangebote brechen weg. Behörden schränken ihre Erreichbarkeiten ein. Wir waren und sind auch in der Pandemie für unsere Klient:innen erreichbar. Und wollen es bleiben! Dafür brauchen wir Eure/Ihre Unterstützung!

Beim AK Asyl e.V. setzen wir uns nicht nur in Pandemiezeiten dafür ein, dass Geflüchtete in Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe einen sicheren Aufenthalt und eine gute Versorgung bekommen und ihre Rechte gewahrt werden. Wie z.B. bei Yousef:

Der 17-Jährige kam als Vollwaise aus Nigeria nach Europa. Obwohl er ein Photo seiner Geburtsurkunde dabei hatte, erklärte ihn das zuständige Jugendamt für volljährig. Er bekam einen Bescheid, den er nicht verstand. So wurde er in die große Erstaufnahmeeinrichtung nach Bielefeld geschickt. Hier drohte ihm als „Erwachsener“ ein Dublin-Verfahren und eine Abschiebung nach Italien. Die Situation in der großen Unterkunft belastete ihn so sehr, dass er akute Suizidgedanken entwickelte. In der Beratung erklärten wir ihm den Bescheid und dass er dagegen vorgehen kann. Er legte Widerspruch ein und bekam Recht. Das Jugendamt wurde verpflichtet, ihn in Obhut zu nehmen. So konnte er in eine Wohngruppe für Jugendliche umziehen und bekam einen Vormund. Als unbegleiteter Minderjähriger kann er sein Asylverfahren in Deutschland weiterführen. In der Wohngruppe ging es ihm bald auch psychisch besser. Ab und zu schreibt er noch immer eine SMS: „Es geht mir sehr gut. Danke!“

**Wir bitten Euch/ Sie herzlich, mit einer regelmäßigen oder einmaligen Spende diese Arbeit abzusichern.**

Der AK Asyl e.V. bietet Beratung an rund um das Asylverfahren, für weitergehende Fragen zum Aufenthaltsrecht, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für traumatisierte Geflüchtete sowie für ausländische Studierende.

Durch Corona wird es auch für uns als Verein eng - finanziell. Wichtige Einnahmequellen wie z.B. Soli-Konzerte sind weggefallen, dagegen haben wir höhere Ausgaben für Schutzmaßnahmen. Auch wir sind gerade in Zeiten der Pandemie auf Eure/ Ihre Solidarität angewiesen.

Deshalb benötigen wir Eure/ Ihre Spenden:

### **Spendenkonto**

IBAN: DE96 4306 0967 4037 7531 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

Stichwort "SPENDE"

Wir bedanken uns schon jetzt vielmals für bereits geleistete und noch eingehende Spenden. Gerne informieren wir ausführlicher über unsere Arbeit.

Ansprechpartnerin: Katharina Bracke, Tel. 0521 / 546 515-62; bracke@ak-asyl.info

Mit solidarischen Grüßen,

Ihr/Euer Team des AK Asyl e.V.

## Offener Brief: Geflüchtete in Sammelunterkünften – bei den Covid-19-Impfungen vergessen?!

Der AK Asyl Bielefeld hat sich im März 2021 zusammen mit weiteren Bielefelder Vereinen und Initiativen in einem offenen Brief an die Landesregierung NRW, die Bezirksregierung Detmold, den Bielefelder Oberbürgermeister und das Bielefelder Gesundheitsamt gewendet. Zu diesem Zeitpunkt war die Diskussion um Impfpriorisierungen in vollem Gange. Hier der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns als Zusammenschluss verschiedener Organisationen an Sie.

Das Land NRW hat am 1. März 2021 einen Erlass zur Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 herausgegeben. Demnach seien Impfungen der Gruppe mit höchster Priorität bald abgeschlossen und es könnten auch Personen aus der zweiten Gruppe geimpft werden. Außerdem werden laut Erlass weitere Personengruppen vorgezogen, die eigentlich erst in der dritten Gruppe vorgesehen waren. In Bielefeld laufen diese Impfungen bereits an. So weit, so erfreulich. Nein, nicht ganz...

In dem Erlass nicht erwähnt werden Asylsuchende, die verpflichtet sind in Massenunterkünften zu wohnen – entweder in den Unterbringungseinrichtungen des Landes oder den großen Gemeinschaftsunterkünften der Kommunen. Laut der aktuell geltenden Impfverordnung des Bundes vom 10. März 2021 befinden diese sich jedoch – aus gutem Grund – in der zweiten Priorisierungsgruppe. Denn sie sind aufgrund ihrer äußerst beengten Wohnsituation einem erhöhten Risiko einer Covid-19-Infektion ausgesetzt. Doch in Bielefeld und NRW wird dieser Gruppe bislang kein Impfangebot gemacht, auch wenn sie laut Bundesverordnung nun an der Reihe ist.

Ein kurzer Rückblick: Am Anfang der Pandemie war die prekäre Situation der in Massenunterkünften untergebrachten Asylsuchenden kurzzeitig ins öffentliche Interesse gerückt. Aufgrund der dort herrschenden Wohnverhältnisse, die Kontaktreduzierung kaum möglich machen, waren in vielen Sammelunterkünften gehäuft Infektionen ausgebrochen. Laut einer im Mai 2020 von Bielefelder Wissenschaftler:innen und dem ‚Kompetenznetz Covid-19‘ veröffentlichten Studie lässt sich in den Massenunterkünften für Asylbewerber:innen ein besonders hohes Risiko feststellen, zu Hotspots für Corona-Infektionen zu werden. Außerdem machten zahlreiche Aufrufe von Geflüchteten und anderer Gruppen auf die gesundheitsgefährdenden Zustände aufmerksam und forderten ein Ende der massenweisen Unterbringung mit vielen hunderten Menschen auf engem Raum. Stattdessen wurde eine dezentrale Unterbringung gefordert. Eine Forderung, für deren Umsetzung es zumindest für die Landesunterkünfte eine geltende Gesetzeslage gibt: Denn § 49 Abs. 2 AsylG ermöglicht die Beendigung der Wohnverpflichtung in den großen zentralen Unterkünften des Landes, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge geboten ist. Das Land NRW hielt jedoch an der Sammelunterbringung fest. Zuweisungen wurden zeitweise komplett ausgesetzt. Aktuell werden sie zwar geplant, aber regelmäßig storniert. Für einige Monate wurden zusätzlich Jugendherbergen angemietet, um dort Menschen, die der Risikogruppe angehören, unterzubringen. Diese zusätzlichen Unterkünfte wurden jedoch inzwischen alle wieder geschlossen – mitten in der zweiten Welle der Pandemie ein völlig unverständlicher Schritt, der die Vermutung nahe legt, dass die NRW-Landesregierung den nachhaltigen Schutz der Asylsuchenden vor dem Corona-Virus nicht wirklich im Fokus hat, sondern lediglich auf den wachsenden öffentlichen Druck reagiert worden war.

weiter auf der nächsten Seite



# Vor der Haustür

---

Auch die nun veröffentlichte Impfverordnung des Landes weist leider in diese Richtung. Denn die Impfungen für Personen in Massenunterkünften wurden augenscheinlich „vergessen“. Dabei ist gerade angesichts der sich in Deutschland weiter ausbreitenden Mutationen für die Sammelunterkünfte die Gefahr großer Ausbrüche größer denn je. Die im Laufe des Jahres entwickelten Hygienekonzepte für die Unterkünfte werden gegen die Mutationen kaum ausreichend schützen können. Dies zeigte sich bereits Ende Januar in der Erstaufnahmeeinrichtung in Köln. Dort waren etliche Corona-Infektionen aufgetreten, die auf eine der neuen hochansteckenden Mutationen zurückzuführen waren. Fast die Hälfte der Bewohner:innen und mehrere Mitarbeiter:innen des Betreuungsdienstleisters wurden infiziert. Alle Bewohner:innen wurden unter Quarantäne gestellt und die Unterkunft wurde abgeriegelt. Verhältnisse, wie sie auch letztes Frühjahr bei Infektionen in den Landesunterkünften häufig geherrscht hatten und die auch nach Meinung des zuständigen Ministeriums unbedingt vermieden werden sollten, da sie eine massive Belastung aller betroffenen Personen darstellen.

In den kommunalen Unterkünften in Bielefeld ist das Infektionsrisiko trotz bestehender Hygienekonzepte ebenfalls nach wie vor hoch. In 3 von 4 der kommunalen Gemeinschaftsunterkünften teilen sich die dort lebenden Menschen Küchen und Bäder mit vielen anderen Personen, die nicht zum eigenen Haushalt gehören. Alleinstehende müssen sich Zimmer teilen. Durch ein dauerhaftes Besuchsverbot leben viele Menschen zugleich in hochbelastender sozialer Isolation.

Auch auf kommunaler Ebene wurden geflüchtete Menschen in Sammelunterkünften beim Impfen scheinbar vergessen. Erfreulicherweise werden den Bewohner:innen der Obdachlosenunterkünfte (für die sogenannten „einheimischen Wohnungslosen“) in Bielefeld bereits Impfangebote gemacht. Auch sie befinden sich laut der Bundes-Impfverordnung zu Recht in der zweiten Gruppe. Warum gibt es also in Bielefeld noch kein Impfangebot für die Menschen in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete?

Verhindert werden könnten das hohe Infektionsrisiko und die belastenden Bedingungen zuallererst dadurch, dass Personen endlich dezentral untergebracht und die gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnisse konsequent beendet werden.

Bis dahin muss den Bewohner:innen der Massenunterkünfte, jetzt nach Abschluss der Impfungen der ersten Gruppe, so schnell wie möglich und der Bundes-Impfverordnung entsprechend, ein Impfangebot gemacht werden.

## **Daher fordern wir:**

- Recht auf Gesundheit für alle!
- Beendigung der Wohnverpflichtung für Menschen in Landesunterkünften und dezentrale Unterbringung aller in Massenunterkünften lebenden Menschen, allen voran der Menschen, die zu den Risikogruppen gehören!
- Der Bundes-Impfverordnung entsprechend ein sofortiges Impfangebot an alle Bewohner:innen von Massenunterkünften in Bielefeld und NRW!

AK Asyl e.V., 16. März 2021

weitere Unterstützer:innen des offenen Briefs:

- Bielefelder Initiative für das Recht auf Gesundheit und dezentrale Unterbringung (BIGU)
- MediNetz Bielefeld
- Seebrücke Bielefeld
- IMAG e.V.
- Initiative Politikwechsel
- Alarmphone Bielefeld
- Café Exil

## Einladung zum Café BONVENON

Marianne Damaschke, AWO Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg

Die AWO lädt ein zum Treffpunkt "Café BONVENON" -für Geflüchtete, Migrant\*innen und Menschen aus der Nachbarschaft (freiwillig Engagierte). Das Café startet neu - nach Corona - am Dienstag den 31. August und findet wöchentlich statt, jeweils von 16:00 -18:00 Uhr. Die Besucher\*innen können sich mit anderen austauschen und es gibt eine Kinderbetreuung. Während der Treffen finden niederschwellige Beratungen statt wie z.B. Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen. Von 17:00 - 18.00 Uhr gibt es einen Sprachtreff, der von Freiwilligen durchgeführt wird. Viele Grüße und bis bald im Café BONVENON!

### AWO Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg

Marianne Damaschke

Tel.: +49 (0521) 96 20 703

Fax: +49 (0521) 96 20 751

m.damaschke@awo-bielefeld.de

Heisenbergweg 2

33613 Bielefeld

---

## Wir fordern: Aussetzung von Abschiebungen & Abschiebehaft

von Okan Uludasdemir

Weltweit grassiert die Covid-19 Pandemie und wir sind alle mit der Frage konfrontiert, wie wir den Schutz von Leben, der körperlichen Unversehrtheit und der damit verbundenen Gesundheit für alle Menschen gewährleisten können. Für alle Menschen? Leider, abermals nicht für die marginalisierte Gruppe der geflüchteten Menschen in Deutschland. Nicht nur, dass schutzsuchende Menschen in Deutschland vor schier unüberwindbare Hürden im Asylverfahren gestellt werden und nur einer eingeschränkten Gesundheitsversorgung durch das AsylbLG zuteilwerden, sondern die gesetzlichen Verschärfungen der letzten Jahre zeigen in der Praxis eine menschenverachtende Härte beim Thema Abschiebungen. Grundsätzlich wird nun davon ausgegangen, dass eine Abschiebung möglich ist – es obliegt den Asylsuchenden, das Gegenteil durch qualifizierte Atteste vorzubringen.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellte in seinem diesjährigen Bericht an den Bundestag „unzumutbare Hürden bei der Nachweispflicht“ fest.

Dazu eine interviewte Ärztin:

„Es [ist] im Grunde genommen für einen traumatisierten Geflüchteten, der neu ankommt in Deutschland, unmöglich [...] zu beweisen, dass er oder sie traumatisiert ist, in der Geschwindigkeit wie in AnKER-Zentren Verfahren laufen [...]. Auch wenn mehr Zeit wäre, auch dann wäre es extrem schwierig, einen Psychiater zu finden. Therapieplätze sind nicht genug [da], man bräuchte einen Dolmetscher, also ist es ein Ding der Unmöglichkeit, das zu erfüllen.“

Daneben hat das Komitee des Europarates zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe schon in seinem 2019 veröffentlichten Bericht Mängel in der psychosozialen Betreuung und medizinischen Begutachtung zur Reisefähigkeit festgestellt bei Flugabschiebungen und Abschiebehaft.

weiter auf der nächsten Seite



# Vor der Haustür

---

Trotz dieser Situation finden weiterhin regelmäßig Abschiebungen statt. Es werden Sammelabschiebungen durchgeführt, wobei ein Flugzeug extra hierfür gechartert wird. Aus einer Anfrage der Linken im Bundestag geht hervor, dass im Jahr 2020 insgesamt 10800 Abschiebungen vollzogen wurden. In den kommenden Monaten sollen Abschiebungen mit gecharterten Flügen nach Afghanistan, Pakistan und Nigeria stattfinden. In offensichtlich von Krieg und Unruhe geprägte Länder, die sich dazu auch mit unzureichenden Gesundheitssystemen in der Pandemie befinden. Aktuell erreichte uns die Meldung, dass eine seit über 30 Jahren im Kreis Göttingen verwurzeltes Ehepaar abgeschoben wurde und von in ihren in Deutschland lebenden Kindern, Enkelkindern, Verwandten und Freunden getrennt wurden.

Schließlich befinden sich aktuell und haben sich auch während des ersten Lockdowns Menschen in Ab-

schiebeknast befunden. Das bedeutet Freiheitsentzug, nur um den bürokratischen Akt der Abschiebung effektiver durchsetzen zu können. Ein Beispiel dafür ist der Abschiebeknast Büren, der sich als größter Abschiebeknast Deutschlands in NRW befindet. Es ist einfach nicht zu begreifen, dass zum Schutz der Bevölkerung Reise- und Kontaktbeschränkungen gelten, aber vehement und mit aller Energie inhumane Abschiebungen vollzogen werden. Und in dieser weltweiten prekären Situation wird über Abschiebungen nach Syrien diskutiert, welches eine Zusammenarbeit mit dem Assad-Regime heißen würde!

**Daher fordern wir die momentane Pandemie als Blaupause zu sehen und eine Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland sicherzustellen und von Abschiebungen und Abschiebehaft abzusehen!**

Weiterführenden Links zu Artikeln, Berichten sowie Informationen und Aktionen zum Thema Abschiebestopp:

- Berichts des Deutschen Instituts für Menschenrechte an den Deutschen Bundestag mit dem Abschnitt - Abschiebung und Krankheit: Perspektiven aus der Praxis und menschenrechtliche Verpflichtungen:  
[https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/Menschenrechtsbericht\\_2020.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/Menschenrechtsbericht_2020.pdf)
- Bericht des Antifolterkomitees vom Europarat bzgl. Abschiebung und Abschiebehaftanstalt in Deutschland:  
<http://docs.dpaq.de/14814-cpt-bericht.pdf>
- Anfrage der Linken im Bundestag bzgl. der Abschiebungen im Jahr 2020:  
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/270/1927007.pdf>
- AktionBleiberecht.de hinsichtlich geplanter Charterflüge zur Abschiebung:  
[https://www.aktionbleiberecht.de/?page\\_id=10507](https://www.aktionbleiberecht.de/?page_id=10507)
- Trennung eines älteren Ehepaares von ihrer Familie und Bekannten:  
<https://www.nds-fluerat.org/49855/aktuelles/roma-ehepaar-nach-30-jahren-aus-dem-landkreis-goettingen-abgeschoben/>
- Offener Brief vom Verein für Hilfe für Menschen in Abschiebehaft in Büren e.V. bzgl. Aussetzung der Abschiebehaft während der Pandemie:  
[https://www.ak-asyl.info/fileadmin/redakteur/Aussetzung\\_der\\_Abschiebehaft\\_waehrend\\_der\\_Corona-Pandemie.pdf](https://www.ak-asyl.info/fileadmin/redakteur/Aussetzung_der_Abschiebehaft_waehrend_der_Corona-Pandemie.pdf)
- Informationen zur Abschiebehaft in Büren:  
<https://buerendemo.net/aufruf-2020#Corona>
- Medico international - Abschiebungen nach Syrien? Eine beschämende Debatte:  
<https://www.medico.de/blog/eine-beschaemende-debatte-18023>
- Kampagne bzgl. eines fairen und gleichen Zugangs zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland:  
<https://medibuero.de/kampagne-legalisierung-jetzt/>

## Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche startet

von Klaus Daniel, Marina Raaz & Franziska Fritz, Diakonie für Bielefeld gGmbH

Im letzten Infobrief Grenzenlos wurde das Projekt einer psychosozialen Beratung für Kinder und Jugendliche vorgestellt, an dessen Umsetzung 2020 noch gearbeitet wurde.

Endlich können wir freudig berichten, dass aus der Projektplanung die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche geworden ist. Die Fachstelle ging am 01. Juli 2021 in Betrieb.

Die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche ist ein Projekt, das sich zum Ziel setzt, die psychosoziale Versorgung von traumatisierten geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Hierdurch soll langfristig einer Chronifizierung von psychischen Erkrankungen entgegengewirkt werden. Damit werden Grundlagen für eine schulische und soziale Integration gelegt, die Kindern und Jugendlichen mit Traumafolgestörungen ohne adäquate Versorgung erschwert ist.

Die Fachstelle wird als Bürogemeinschaft der Institutionen Diakonie für Bielefeld gGmbH und AWO Kreisverband Bielefeld e.V. in der Paulusstraße betrieben. Die Zusammenarbeit mit dem AK Asyl e.V. geschieht eng mit der UMF Verfahrensberatung durch Kristin Nahrman und natürlich auch bei Bedarf mit den anderen Bereichen.

Während sich die AWO im Kern auf begleitete Kinder und Jugendliche aus Bielefeld konzentriert, widmet sich die Diakonie für Bielefeld hauptsächlich unbegleiteten Minderjährigen aus ganz OWL.

Die Arbeit der Diakonie für Bielefeld wird aus Mitteln der Stiftung Wohlfahrtspflege finanziert und hat eine Projektlaufzeit vom 01.06.2021 bis 31.05.2024. Für weitere Aufgaben ist die Fachstelle Trauma und Flucht auf weitere finanzielle Mittel angewiesen und immer auf der Suche nach zusätzlichen Ideen und Spender:innen.

Die Förderung der Stiftung Wohlfahrtspflege umfasst eine Begleitforschung zu Akzeptanz und Wirksamkeit der Beratung. Sie wird durch Prof. Dr. Michael Stricker von der FH Bielefeld verantwortet.

Die Kinder und Jugendlichen werden durch eine Psychologin und eine Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin mit Stabilisierungsangeboten für den Alltag unterstützt. Das interprofessionelle Team der Fachstelle wird durch eine Sozialarbeiterin mit traumapädagogische Zusatzausbildung vervollständigt.

In der Fachstelle werden die alltäglichen Belastungen der jungen Menschen besprochen, um dafür neue oder andere Umgangsformen zu entwickeln. Bei ihrer Arbeit kommen bekannte Methoden wie Notfallkoffer, Körperarbeit, der „sichere Ort“, und weitere Imaginationsübungen zum Einsatz.

Weiterführend sollen die jungen Menschen bei Bedarf an Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen angebunden werden. Unter anderem können gezielte Vernetzungen mit den Institutionen der Kin-



weiter auf der nächsten Seite



# Vor der Haustür

---

der und Jugendhilfe stattfinden, um über individuelle Maßnahmen zur gemeinsamen Entlastung und besseren Zusammenarbeit zu sprechen.

Die Fachstelle steckt noch in Kinderschuhen, sie muss erst wachsen. Nach dem Umbau und der Ausstattung der Räumlichkeiten werden aktuell die teaminternen sowie konzeptionellen Strukturen aufgebaut. Es fehlen nur noch wichtige Kleinigkeiten, wie Spiel- und Erklärmaterial, themenbezogene Bücher sowie Material für die Notfallkoffer.

Es war für die Kolleg:innen eine Herzensangelegenheit, Räumlichkeiten zu schaffen, in denen sich wohl-

gefühlt und zur Ruhe gekommen werden kann. Daher wurden für das Raumkonzept eine ruhige Atmosphäre und gemütliche Sessel zum Entspannen gewählt.

Einen großen Dank richten wir an die Ideenstifterinnen Kristin Nahrman und Mona Bünnemann sowie an alle Beteiligten, die die Umsetzung mit viel Geduld und Ideenreichtum umgesetzt haben.

Wir freuen uns sehr auf die wertschätzende Zusammenarbeit mit dem AK Asyl e.V. und darüber, dass dieses gemeinsam erdachte Herzensprojekt nun endlich an den Start gehen kann.

---

## Solidarisch geht anders!

von Kathrin Dallwitz

Anlässlich der Demonstration der Seebrücke vom 19.06.21 hielt eine Mitarbeiterin des AK Asyl e.V. einen Redebeitrag. Vielen Dank dafür, und vielen Dank an die Seebrücke Bielefeld für die Organisation der Demo!

Was bedeutet „solidarisch geht anders“ für die Situation von Geflüchteten?

„Solidarisch geht anders“ bedeutet, sich in jeder Lebenssituation hier in Deutschland und weltweit anzuschauen, ob Menschen gleich behandelt werden, gleiche Rechte haben. Es bedeutet Gerechtigkeit, nicht Almosen.

Eine solidarische Stadt würde dafür sorgen, dass es keine enge und isolierte Massenunterbringung für Geflüchtete gibt, sondern ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Wohnvierteln mit ausreichend Platz für Begegnung.

Die Realität sieht so aus: In Bielefeld gibt es zwei Erstaufnahmeeinrichtungen und in Herford eine sogenannte Zentrale Unterbringungseinrichtung.

Das sind durch das Land NRW betriebene Massenunterkünfte, in denen Asylsuchende und Geduldete nach ihrer Einreise monatelang, teilweise jahrelang auf engem Raum zusammen wohnen müssen. Wohnen in den Landesunterkünften bedeutet, dass der Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung, zu Bildung und Arbeit etc. massiv eingeschränkt ist.

In der Coronapandemie haben die engen Wohnverhältnisse zusätzlich zu einem hohen Ansteckungsrisiko geführt. Daraufhin hatte im letzten Frühjahr die Bigu (Die Bielefelder Initiative für das Recht auf Gesundheit und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten) vom Land und der Stadt dezentrale Unterbringung gefordert. Nichts passierte, nicht einmal eine offizielle Antwort der Stadt auf unsere Anfrage: Hotels standen leer, Geflüchtete haben sich in Unterkünften angesteckt.

Zwar hat die Landesregierung einige Personen, die zur Risikogruppe gehörten, zwischenzeitlich in der Jugendherberge in Bielefeld untergebracht. Erstens hat aber der Platz dort nicht für alle gefährdeten Personen gereicht und zweitens wurde die Jugendherberge schon im Februar, als die Inzidenzwerte immer noch sehr hoch waren, wieder für Geflüchtete geschlossen. Als Lösung brüstete sich das Land mit der ehrenamtlichen psychologischen Beratung in den Unterkünften. Eine absolut zynische Antwort der Landesregierung, denn die beste Therapie kann die psychosozialen Folgen von Massenunterbringung und die Ansteckung durch Corona nicht ändern.

Laut der Bundesimpfstrategie gehörten Geflüchtete in Massenunterkünften wegen dem hohen Infektionsrisiko bei den Impfungen zur Priorisierungsgruppe 2. Dies hat die Landesregierung NRW einfach ignoriert und durch Erlasse die Impfangebote für Menschen in Sammelunterkünften hinten angestellt. Faktisch wurde den Menschen erst gemeinsam mit der Priogruppe 3, also wesentlich später, ein Angebot gemacht. Zusätzlich legte ein Erlass fest, dass Mitarbeiter\*innen der Unterkünfte mit Biontech und Geflüchtete mit Johnson & Johnson geimpft werden sollen. Gleichbehandlung? Nein!

**Eine solidarische Stadt hätte sowohl was die Massenunterkünfte angeht als auch bezüglich der Impfstrategie frühzeitig aktiv werden müssen und die Versäumnisse des Landes wenigstens in Bielefeld ausgleichen können.**

In den kommunalen Unterkünften wohnen Geflüchtete, die Bielefeld zugewiesen sind, wenn die Phase der Landesunterbringung vorbei ist. Inzwischen leben dort immer noch selbst viele anerkannte Geflüchtete, die längst in eigene Wohnungen ziehen könnten, aber nichts finden. Hier treffen die Fehler des verpassten sozialen Wohnungsbaus auf einen rassistischen Wohnungsmarkt – für viele Geflüchtete in der Konsequenz ein weiteres Verharren in Sammelunterkünften. Eine solidarische Stadt muss mehr tun, um die Umsetzung von mehr sozialem Wohnungsbau für ALLE Menschen in Bielefeld voranzutreiben.

Eine solidarische Stadt bedeutet, dass die Stadt eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle in der Stadt lebenden Menschen zur Verfügung stellt. Beispielhaft fehlt jedoch aktuell v.a. ein funktionierendes System von Sprachmittler:innenfinanzierung für Arztbesuche. Es ist ein unhaltbarer Zustand dass Kinder für ihre Eltern deren Krankheiten dolmetschen, oder Ärzt:innen Behandlungen ablehnen, weil es keine Übersetzung gibt. Wir fordern, dass die Stadt Bielefeld sich für eine umfassende Sprachmittler:innenfinanzierung bei Arztbesuchen durch die Krankenkassen einsetzt und solange dies nicht umgesetzt ist kommunale, leicht umsetzbare Lösungen findet.

Eine solidarische Stadt müsste dafür sorgen, dass alle Geflüchtete ausreichend kostenlose Sprachkurse bekommen, unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltstitel, damit alle ihre Wünsche, Interessen und Kompetenzen gleichberechtigt miteinander teilen können.

Eine solidarische Stadt bedeutet, sich auch für besonders schutzbedürftige Personen wie traumatisierte Geflüchtete einzusetzen. Auch in Bielefeld gibt es nicht ausreichend Ärzt:innen um die steigenden Anforderungen des Bundesamtes im Asylverfahren nach fachärztlichen Stellungnahmen für traumatisierte Geflüchtete zu erstellen. Ursache ist die Asylgesetzgebung, umgesetzt in absolut rigider Form auch in Bielefeld im Bundesamt. Menschen, die durch Folter, Krieg, das Erleben vom Tod von Angehörigen im Herkunftsland und auf der Flucht traumatisiert sind, gelten laut EU Aufnahmerichtlinie als besonders schutzbedürftig. Ihre damit verbundenen Rechte können sie aber in vielen Fällen nicht umsetzen, weil sie keine Ärzt:innen finden, die Kapazitäten haben, um die immer weiter steigenden Anforderungen an Gutachten zu erfüllen. Dieses Problem hat sich während Corona nochmal verschärft, weil die Kapazitäten der Ärzt:innen nochmal knapper sind.

Nein, es gibt aktuell in Deutschland für Folteropfer und Überlebende von Gewalt keinen ausreichenden Schutz vor Abschiebung. Die Schönfarberei und das Verschieben von Verantwortung auf die Geflüchteten verschleiert Realitäten!

Eine solidarische Stadt bedeutet, dass sich unsere Stadt aktiv dafür einsetzt

Familienzusammenführungen, auch von queeren Paaren, die wegen fehlender Passbeschaffungsmöglichkeiten nicht heiraten können, Geschwisterkindern und aufeinander angewiesenen Familienmitgliedern zu ermöglichen.

**Solidarität heißt sich für Gerechtigkeit und gegen Ausgrenzung einzusetzen Solidarität heißt Unterstützung auf Augenhöhe und mit Respekt.**

**Wir fordern deshalb:**

- Aufnahme von Geflüchteten aus Moria und anderen EU Grenzlagern und sofortige Zuweisung in aufnahmebereite Kommunen.
- Bezahlbaren Wohnraum für alle und ein Ende der Massenunterbringung
- Sprachmittler:innen für Arztbesuche
- ausreichende Deutschkurse für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Familienzusammenführung für alle aufeinander angewiesenen Familienmitglieder und queeren Paare
- Keine Abschiebungen!
- Gleiche Rechte für alle!

## Initiative für einen Gedenkort für die Opfer rassistischer Gewalt

von Initiative für einen Gedenkort Bielefeld

Der folgende Text ist ein Redebeitrag der Initiative für einen Gedenkort Bielefeld, der am 20.06.21 anlässlich der Kundgebung "Reclaim Kesselbrink - Against Racism und Sexism" gehalten wurde. Wir danken der Initiative für ihre Arbeit und dafür uns den Redebeitrag für unseren Infobrief zur Verfügung zu stellen. Kein Vergeben, kein Vergessen!

**Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu**

Das sind die Namen der 9 Menschen, die am 09. Februar 2020 von einem Rechtsterroristen im hessischen Hanau aus dem Leben gerissen und brutal ermordet wurden. Sie alle waren junge Menschen so wie viele von uns, die – wenn sie hier in Bielefeld gelebt hätten – vielleicht auch einen Teil ihrer Freizeit auf dem Kesselbrink verbracht hätten. Trotzdem hätte es nicht jede oder jeden von uns treffen können, Hanau war kein Angriff auf uns alle, es war eine gezielt rassistische Tat an einem Ort an dem sich BIPOC mit Freund\*innen treffen, arbeiten und wohnen. Wie auch der Kesselbrink für viele ein Ort des Miteinanders und des sozialen Austauschs ist, haben sich auch die Opfer des Anschlags von Hanau in einem großen sozialen Gefüge bewegt. Oft haben die Hinterbliebenen davon erzählt, wie groß der Zusammenhalt in Kesselstadt ist. Genau an einem der wichtigen Orte dieser großen Gemeinschaft in Kesselstadt ereignete sich der zweite Teil des Anschlages. Dort wurde Vili Viorel Păun erschossen, der dem Täter vom ersten Tatort gefolgt war und dort war es auch, wo Said Nesar Hashemi und Hamza Kurtović ihr Leben lassen mussten, weil der rettende Fluchtweg durch die Polizei versperrt war. Durch eben jene Polizei, die auf die Notrufe von Vili Viorel Paun nicht antwortete, eben jene Polizei, die über den eventuell noch lebenden Ferhat Unvar stieg und ihn erst nach 15 Minuten von einem Rettungssanitäter versorgen ließ, und eben jene Polizei, bei der erst diese Woche wieder ein rechtes Netzwerk bekannt wurde, aus dem auch in der Tatnacht mindestens 13 Beamte im Einsatz waren.

Unmittelbar nach der Tat haben wir von der Politik gehört, wie sehr sie den Anschlag bedauern und verurteilen. Heuchlerische Worte wie diese hatten wir bereits ein paar Monate zuvor nach dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle gehört. Doch während dort noch gesagt wurde, es werde alles getan, um einen erneuten Anschlag zu verhindern, plante der Attentäter von Hanau bereits seine Tat und kündigte sie sogar bei der Generalbundesanwaltschaft an. Doch am Ende sollen es dann doch wieder nur Einzeltäter gewesen sein. Diese Behauptung ist an Realitätsverweigerung kaum zu übertreffen!

Seit 1990 sind in Deutschland mindestens 213 Menschen aus rechtem Motiv getötet worden. Die Morde des NSU, der Anschlag auf Walter Lübcke, der Anschlag von Halle und eben der Anschlag von Hanau sind nur die bekanntesten Fälle aus den letzten Jahren und weisen auf unterschiedliche rechtsterroristische Vernetzungen hin. Seit 2015 wurden mehrere tausend rassistisch motivierte Gewalttaten verübt.

Das sind keine Einzelfälle, sondern Teil des rassistischen und menschenfeindlichen Normalzustands und muss daher als strukturelles Problem anerkannt und bekämpft werden. Die mediale und politische Darstellung von vermeintlichen Einzeltäter:innen macht uns wütend, wenn sich währenddessen Nazis unter staatlicher Aufsicht bewaffnen oder sich rechte Polizist:innen und Soldat:innen in Chatgruppen auf den Tag X vorbereiten. Ganz zu schweigen von der rassistischen Politik und Hetze in den Parlamenten – vor allem, aber nicht nur durch die AfD.

Der rassistische Normalzustand ist leider auch hier auf dem Kesselbrink Alltag. Wie oft mussten wir schon zusehen wie BIPOC oder Menschen mit ver-

meintlicher Migrationsgeschichte unter dem Vorwand von „Drogenkontrollen“ durchsucht, schikaniert, geschlagen und verhaftet wurden? Vielen ist bestimmt der brutale Polizeieinsatz im Sommer letzten Jahres in Erinnerung geblieben, bei dem ein junger Mann aus Herford durch Polizeibeamte verprügelt und später durch die Polizei zum vermeintlichen Täter umgedeutet wurde. Die anschließende Berichterstattung in der Lokalpresse über den Einsatz und auch den Kesselbrink insgesamt ist ein trauriges Beispiel dafür, wie ein rassistisches Klima geschaffen wird, das den Nährboden für rechts-terroristische Taten wie in Hanau bietet.

Um die Opfer des rechten Terrors von Hanau nicht zu vergessen, haben wir nach dem Anschlag eine Gedenk-Initiative gegründet, die sich für die dauerhafte Schaffung eines Gedenkortes einsetzt. Ziel dieser ist es, die Erinnerung an die Getöteten wach

zu halten und sich entschieden gegen Rassismus zu positionieren. Zuvor hatten Menschen in Bielefeld mehrfach in Eigeninitiative Gedenkort für die Opfer und Betroffenen des rassistischen Anschlags in Hanau errichtet. Jedes Mal wurden die angebrachten Gedenktafeln jedoch von der Stadt Bielefeld entfernt.

Dabei sind Orte des Gedenkens enorm wichtig! Ein Gedenkort bietet Betroffenen die Möglichkeit, sich zu erinnern, Blumen niederzulegen, mit Anderen gemeinsam zu trauern und sich über das Geschehene auszutauschen. Darüber hinaus machen Gedenktafeln sichtbar, wohin Rassismus führt – zu Ausgrenzung, Leid und Tod.

Dadurch sind Gedenkort auch Orte des Widerstandes und der Anklage gegen die rassistische Normalität.

Der Rat der Stadt Bielefeld hat sich der Forderung unseres offenen Briefes – den 40 Organisationen unterzeichnet haben – angeschlossen.

Der entsprechende Beschluss legalisiert den im Rahmen der Kundgebung anlässlich des ersten Jahrestags des Anschlags von Hanau geschaffenen Gedenkort hier auf dem Kesselbrink. Nun liegt es an uns allen diesen Ort zu erhalten und zu pflegen, denn wir wollen und werden die Opfer rechter Gewalt niemals vergessen!

Doch Gedenken alleine reicht nicht aus: Wir müssen uns auch hier und heute Rassist:innen und Nazis in den Weg stellen und sie bekämpfen. Egal ob in den Schulen, der Uni, am Arbeitsplatz oder hier auf dem Kesselbrink.



**Kein Frieden dem rassistischen Staat!  
No justice – no peace – no racist police!**

## **Aus griechischen Lagern in die deutsche Ungewissheit BAMF ist untätig und lässt anerkannte Flüchtlinge aus den Lagern Moria und Kara Tepe warten**

von Katharina Bracke

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld treffen wir immer mehr Menschen, die in Griechenland schon einen Schutzstatus erhalten haben. Sie sind zwar anerkannte Flüchtlinge, doch fehlt ihnen in Griechenland das Nötigste. Sie kommen aus Lagern wie Moria und Kara Tepe oder aus der Obdachlosigkeit auf dem griechischen Festland. Sie berichten von menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Hier hoffen Sie darauf, ihre existentiellen Bedürfnisse stillen und eine Lebensgrundlage aufbauen zu können.

Die mehr als prekären Lebensbedingungen für Geflüchtete in Griechenland sind seit Jahren öffentlich bekannt. In den letzten Monaten hat sich die Situation besonders für anerkannte Flüchtlinge in Griechenland noch einmal deutlich verschlechtert. Was die Menschen, die aus Griechenland kommen, immer wieder berichten, dokumentiert auch ein neuer Bericht von PRO ASYL und ihrer griechischen Partnerorganisation Refugee Support Aegean (RSA) vom April 2021.<sup>1</sup> Denn seit Juni 2020 müssen Flüchtlinge 30 Tage nach ihrer Anerkennung die Aufnahmelager verlassen, finanzielle Leistungen werden eingestellt. Staatliche Bereitstellung von Wohnraum gibt es nicht, Unterstützung bei der Wohnungssuche und -finanzierung kaum. Der Zugang zu Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt scheitert in den meisten Fällen an unüberwindbaren bürokratischen Hürden. Zudem wurde die in Griechenland ohnehin hohe Arbeitslosigkeit durch die Covid 19 Pandemie nochmals verschärft. Die griechische Regierung bietet anerkannten Flüchtlingen keinerlei Versorgung.

So gerät ein großer Teil von ihnen in die Obdachlosigkeit, einige verbleiben irregulär in den schrecklichen Zuständen der Lager wie Moria und Kara Tepe aus schierem Mangel an Alternativen.

Kein Wunder also, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, Griechenland zu verlassen. Sie hoffen darauf, in einem anderen europäischen Staat ein menschenwürdiges Leben zu führen. Als anerkannte Schutzberechtigte ist es ihnen zwar möglich, visafrei in der EU zu reisen. Jedoch nur für einen Zeitraum von drei Monaten. Sich niederlassen dürfen sie nicht. Also stellen die meisten aus Griechenland eingereisten Flüchtlinge in Deutschland erneut einen Asylantrag.

Doch das BAMF<sup>2</sup> lehnte diese Asylanträge in der Vergangenheit regelmäßig als unzulässig ab. Den Betroffenen wurde die Abschiebung nach Griechenland angedroht. Die Begründung: die Menschen haben bereits einen Schutzstatus in einem anderen europäischen Staat. Sie seien also nicht von einer Abschiebung in ihr Herkunftsland bedroht und könnten in Griechenland in Sicherheit leben. Dass ein menschenwürdiges Leben in Griechenland für anerkannte Flüchtlinge in der Regel nicht möglich ist, beachtete das BAMF bei seinen Entscheidungen nicht.

Etliche Betroffene aber gingen gegen die Ablehnungen des BAMF vor und klagten gegen die Bescheide. Viele Gerichte gaben ihnen Recht und stellten fest: diese Abschiebungsandrohungen sind rechtswidrig. Denn sie bringen die Betroffenen in eine Situation extremer materieller Not, die es ihnen unmöglich macht, elementare Bedürfnisse zu befriedigen – also eine Unterkunft zu finden, sich zu ernähren und zu waschen.

Auch wenn solche Gerichtsurteile zunächst nur die Abschiebungen in den konkreten Fällen verhindern, so sind sie doch gute Nachrichten für alle Schutzberechtigten, die das Elend in Griechenland verlassen haben. Denn wenn sich Gerichtsurteile häufen, die die BAMF Bescheide regelmäßig als rechtswidrig erklären, muss auch das BAMF reagieren.

# Über den Tellerrand

Das BAMF reagierte allerdings anders als gehofft. Anstatt den Menschen von nun an auch in Deutschland Schutz zuzusprechen, ging das BAMF dazu über, gar nichts zu tun. Seit Dezember 2019 schon entscheidet die Behörde nicht mehr in Fällen, in denen besonders vulnerable Schutzberechtigte aus Griechenland in Deutschland einen Asylantrag stellen. Seit Oktober 2020 soll nun über gar keine Asylanträge von schon in Griechenland anerkannten Flüchtlingen entschieden werden. Vorerst also keine Ablehnungen mehr. Aber eben auch keine positiven Entscheidungen.

Was für Konsequenzen hat das für die Betroffenen? Statt einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland zu erhalten, so wie es ihnen auch nach Ansicht der Gerichte zusteht, verbleiben in Griechenland anerkannte Flüchtlinge in Deutschland nun für unbestimmte Zeit im Asylverfahren. Das bedeutet statt Sicherheit, erneute Unsicherheit über ihre Zukunftsperspektive. Es heißt auch, die Menschen können nicht in die Kommunen umziehen, sondern müssen bis zu 18 Monaten in den Massenunterkünften der Länder wohnen. Hier fehlt es an Privatsphäre und Selbstbestimmung über die Abläufe im täglichen Leben. Es gibt Kantinenessen und das Sachleistungsprinzip, bei dem z.B. selbst für Hygieneartikel für Frauen oder Babynahrung jedes Mal beim Betreuungsdienst

nachgefragt werden muss. Medizinische und psychologische Versorgung sind stark eingeschränkt. Die Menschen haben kaum Zugang zu Bildung, Kinder dürfen keine Regelschulen besuchen und für Erwachsene herrscht ein monatelanges Arbeitsverbot. Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, leiden unter den Gemeinschaftsbädern und den fehlenden Abschließmöglichkeiten der Schlafräume. Für Menschen, die möglicherweise schon Monate oder Jahre in griechischen Lagern verbracht haben, führt das Nichts Tun des BAMFs zu erneutem Warten in den deutschen Lagern. Und das obwohl längst fest steht: sie haben ein Recht auf Schutz.

Für die Betroffenen bleibt möglicherweise nur, eine Untätigkeitsklage gegen das BAMF zu erheben. Denn eine Behörde darf nicht unbegründet in einem Verfahren einer Person länger als 6 Monate nicht tätig sein. Auch hier gibt es bereits erste Urteile von Gerichten, die das BAMF verpflichten, über die Asylanträge von in Griechenland anerkannten Flüchtlingen zu entscheiden. Doch auch solche Verfahren dauern lange. Und so heißt es für die Menschen weiterhin: Warten Warten Warten auf ein so sehr erhofftes Ankommen in einem menschenwürdigen Leben in Sicherheit.



"NO BORDER, NO NATION" am Zaun des Camps Moria

<sup>1</sup> Für nähere Infos zur Situation Schutzberechtigter in Griechenland ist die Stellungnahme von PRO ASYL und Refugee Support Aegean (RSA) von April 2021 online zu finden unter:

[https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Stellungnahme-International-Schutzberechtigt-Griechenland-PRO-ASYL\\_RSA-April-2021.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Stellungnahme-International-Schutzberechtigt-Griechenland-PRO-ASYL_RSA-April-2021.pdf)

<sup>2</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, ist die Behörde, die in Deutschland für die Durchführung von Asylverfahren zuständig ist.

## Europäisches Asylsystem (GEAS) Ein kurzer Überblick

von Oezkan Aksoy

Im Rahmen des Aufbaus eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) hat die Europäische Union gemeinsame Standards für die Behandlung von Asylanträgen und den Umgang mit Schutzsuchenden festgelegt. Allerdings ist vorab festzustellen, dass das GEAS kein in sich geschlossenes Gesetzeswerk ist. Da bisher die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gelinde formuliert keine eindeutige Linie im gemeinsamen Asylsystem verfolgen, basiert das GEAS auf unterschiedlichen rechtlichen Handhabungen.

Grundsätzlich soll auf diesem Weg das Asyl- und Migrationsrecht der Mitgliedsstaaten im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Protokoll von 1967 und anderen relevanten Abkommen vereinheitlicht werden.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem wird durch europäische Richtlinien und Verordnungen bestimmt, die entweder in nationales Recht umgesetzt wurden oder unmittelbar auch in der deutschen Rechtsordnung gelten. Neben der Dublin-III-Verordnung über die Zuständigkeit für die Durchführung von Asylverfahren (VO 604/2013) und der EURODAC-Verordnung zum europaweiten Fingerabdruckvergleich von Asylsuchenden und Personen ohne Aufenthaltsrecht (VO 603/2013) bilden die folgenden drei Rechtsinstrumente die Grundpfeiler des GEAS:

- **Aufnahmerichtlinie:** Die Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) legt gemeinsame Standards für die Lebensbedingungen von Asylantragstellern, etwa hinsichtlich Unterbringung, Versorgung, besonderer Bedarfe oder Zugang zum Arbeitsmarkt, während des Asylverfahrens fest.
- **Qualifikationsrichtlinie:** Die Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95/EU) enthält Vorgaben zu den Kriterien für den internationalen Schutz, also die Anerkennungsvoraussetzungen für Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Außerdem regelt die Richtlinie ein Mindestniveau an Rechten für Personen, denen nach der Richtlinie internationaler Schutz gewährt wurde.
- **Verfahrensrichtlinie:** Mit der Verfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU) werden Mindeststandards für die Durchführung des Asylverfahrens festgelegt.

Neben diesen Rechtsinstrumenten wird das Asylrecht durch weiteres europäisches Recht beeinflusst, das aber nicht ausschließlich auf Asylantragsteller Anwendung findet, wie zum Beispiel die Familienzusammenführungsrichtlinie (RL 2003/86/EG).

Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und die Empfehlungen der EU-Kommission zu einzelnen Verfahrensweisen bilden weitere Grundpfeiler des GEAS.

Ein eindeutiges und in sich geschlossenes Europäisches Asylwerk bleibt vorerst abzuwarten.

## Todesursache: Unterlassene Hilfeleistung

von Alarmphone Ortsgruppe Bielefeld

Dieser Text ist eine Rede von Alarmphone Bielefeld, gehalten auf der 1.Mai-Demonstration in Bielefeld.

Content-Warning: Es geht um einen Fall von Sterbenlassen auf dem Mittelmeer, den Mitglieder des Alarmphones per Telefon miterlebt haben.

Mehr Infos zu Alarmphone unter: [www.alarmphone.org](http://www.alarmphone.org)

Hallo vom Alarmphone Bielefeld!

Alarmphone ist ein internationales Netzwerk von Aktivist:innen, die eine 24/7 Notrufhotline für Menschen in Seenotrettungssituationen auf dem Mittelmeer aufgebaut haben und aufrecht erhalten. Das Alarmphone wurde 2014 gegründet. Wir bekommen Anrufe von Menschen, die sich auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa befinden.

Das Motto dieser Demo ist "Wer hat der gibt". Was hat das mit Seenotrettung zu tun, fragt ihr euch? Für uns bedeutet „wer hat der gibt“ auch: Grenzen auf für alle! Das bewusste Sterbenlassen auf dem Mittelmeer ist Teil einer rassistischen und kapitalistischen europäischen Abschottungspolitik. Komplizierte Worte, konkrete Konsequenzen: zuletzt Donnerstag vor einer Woche starben über 100 Menschen vor der libyschen Küste.

Dienstag, 20. April, Al Khoms, Libyen, im Morgengrauen.

130 Menschen machen sich in einem Schlauchboot auf den Weg. Manche tragen Rettungswesten, andere nicht.

Mittwoch, 21. April 10 Uhr morgens

Das Boot hat es in internationale Gewässer vor Libyen geschafft. Die Bedingungen sind schlecht, das Boot überfüllt. Die Menschen alarmieren Verwandte und Bekannte sowie die zivile Notrufhotline Alarmphone. Libysche und europäische Behörden werden informiert. Behörden heißt in dem Fall, die Küstenwachen. Küstenwachen sind dazu da, Menschen in Seenot zu retten. Das ist deren Job.

11:30

Die Situation verschlechtert sich, Benzin für den Motor ist fast leer, das Wetter wird schlechter und die Wellen höher. Ohne einen laufenden Motor droht das Boot jederzeit zu kentern.

12 Uhr

Alarmphone versucht erneut, die libysche Küstenwache zu erreichen. Nummer nach Nummer wird angerufen: nichts. Endlich eine Antwort: ja, wir checken die Mails. Das wars.

12:30

Das Benzin ist alle, die Wellen sind hoch.

weiter auf der nächsten Seite



# Über den Tellerrand

---

12.50

Wasser ist im Boot.

13 Uhr

Die maltesische Küstenwache wird angerufen, sie sagt nur „rufen sie die zuständigen Autoritäten an, danke und auf Wiedersehen“ und legt auf.

14:30

Die Menschen auf dem Boot fragen: wann kommt Rettung? Die libysche Küstenwache behauptet es seien Boote draußen, die von dem Boot in Seenot wissen. Aber es kommt niemand. Inzwischen sind das zivile Seenotrettungsschiff Ocean Viking sowie drei Handelsschiffe auf der Suche nach dem Boot. Die Ocean Viking ist zu diesem Zeitpunkt 10 Stunden vom Standort des Bootes in Seenot entfernt. Es ist Abend, die Menschen auf dem Boot sehen ein Flugzeug, vermutlich ein Frontex Suchflugzeug. Frontex sendet keinen Alarm.

20 Uhr

„die Batterie des Telefons ist gleich leer“ sagen sie, die Verbindung bricht ab. Wieder und wieder werden zuständige Autoritäten kontaktiert und informiert.

23 Uhr

Die libysche Küstenwache wird endlich erreicht: „wir fahren nicht raus, das Wetter ist zu schlecht, auf Wiederhören“ - die libysche Küstenwache legt auf.

24 Uhr

seit über 24 Stunden sind die Menschen auf See. Europäische und libysche Autoritäten handeln nicht, sie lassen bewusst Menschen sterben. Die Ocean Viking und 3 Handelsschiffe suchen die ganze Nacht im Dunkeln bei schweren Wetterbedingungen. Die Menschen sind nicht mehr erreichbar.

Nächster Tag: Mittwoch, 22. April, 11 Uhr morgens:

Immer noch kein Kontakt zum Boot, Ocean Viking und die drei Handelsschiffe sind weiterhin auf der Suche. Erneuter Anruf bei der sogenannten libyschen Küstenwache. „Wir wissen nichts über diesen Fall“, sagen sie. Sie wussten verdammt noch mal ganz genau, was da passiert. Und zwar alle. Sowohl Malta, als auch Italien, als auch Libyen.

16:30

Ocean Viking ruft an, sie haben ein Schiffswrack gefunden. Überlebende? Keine!

130 Menschen wissentlich getötet im Mittelmeer an der europäischen Außengrenze, von europäischen & libyschen Autoritäten. 130 Menschen. Wie viele sind wir hier gerade hier? Das ist nicht einfach nur eine Zahl. 130 Leben - Geliebte, Freund:innen, Namen und Gesichter. Wir denken an diese 130 Menschen, ihre Eltern, Kinder, und Freund:innen. Lasst uns derjenigen gedenken, die Europa im Namen eines mörderischen Grenzregimes hat sterben lassen. Derjenigen, die diese beschissenen Grenzen nicht akzeptieren können, die ihr Leben aufs Spiel setzen mussten, um sie zu überwinden. Lasst uns in der folgenden Minute gemeinsam an diese ermordeten Menschen denken, die für immer fehlen werden, aber nie vergessen werden sollen.

Vielen Dank euch allen.



IN CASE OF EMERGENCY CALL  
**+334 86 51 71 61**

## Unabhängigkeit in Afrika ist eine Illusion

von João Necas

Kein afrikanisches Land ist wirklich frei oder unabhängig; sie alle werden immer noch destabilisiert und manipuliert, damit ihre ehemaligen europäischen Kolonialherren weiterhin Profit machen können. Bildung ist der einzige Weg für Afrika, sich von der Unterdrückung durch die Erste Welt zu befreien.

Afrika ist der reichste Kontinent der Welt. Die Oberfläche der Wiege der Menschheit ist mit unendlicher Schönheit und einem Reichtum an Flora und Fauna gesegnet. Afrika produziert die beste Ernte an Kakao, Kaffee, Obst und Gemüse. Sie beherbergt eine unglaublich vielfältige Tierwelt und enorme Meeresressourcen.

Das im wahrsten Sinne des Wortes goldene Land ist mit atemberaubenden Bergen, Flüssen, die in den Ozean münden, und überwältigenden Stränden bedeckt, die sich über vier verschiedene Klimazonen verteilen. Abgesehen von den offensichtlichen Schätzen des afrikanischen Bodens, wie Gold und Diamanten, verfügt Afrika über etwa 20 einzigartige und wertvolle Mineralien.

Es ist ein Paradies, bewohnt von den schönsten Seelen. Der Reichtum des größten Kontinents der Welt war jedoch kein Segen für Afrika, sondern ein Fluch, der es zum am meisten unterentwickeltesten Kontinent der Erde gemacht hat.

Seit dem 19. Jahrhundert war Afrika mit europäischen imperialistischen Aggressionen, diplomatischem Druck, militärischen Invasionen und schließlich Eroberungen und Kolonisationen konfrontiert. In den 1870er Jahren (etwa 200 Jahre nach dem Höhepunkt des transatlantischen Sklavenhandels) versuchten die europäischen Imperien, die Kontrolle über afrikanische Königreiche, Stämme und Gesellschaften zu erlangen, indem sie weite Gebiete Afrikas für sich beanspruchten und sich folglich seine natürlichen Ressourcen aneigneten.

Natürlich leisteten die Afrikaner:innen Widerstand und bestanden auf der Aufrechterhaltung eines Systems der kommerziellen Interaktion mit den Frem-

den, das ihre Souveränität als autonome politische und wirtschaftliche Einheiten zum Ausdruck brachte, aber nach einigen Jahrzehnten wurde ihr Widerstand durch die überlegenen Militärtechnologien dieser europäischen Imperien erfolgreich besiegt.

Auch heute noch werden 14 afrikanische Länder von Frankreich wirtschaftlich unterdrückt, und zwar durch einen Kolonialpakt, der sie zwingt, 85 % ihrer Währungsreserven bei der französischen Zentralbank unter der Kontrolle des französischen Finanzministers anzulegen.

Afrikanische Führer, die sich weigern zu zahlen, werden zu extremen Maßnahmen gezwungen oder werden Opfer von Staatsstreichen. Diejenigen, die gehorchen, werden unterstützt und mit einem üppigen Lebensstil belohnt, während ihr Volk extreme Armut und Verzweiflung ertragen muss.

Aber Frankreich ist nicht der einzige Schuldige auf diesem Kontinent: Es ist nur der offensichtlichste. Andere europäische Länder, ohne sie herausheben zu wollen, wenden die gleichen oder ähnliche Strategien an, um die Kontrolle über ihre "ehemaligen" Kolonien zu behalten. Diese Art von Einstellung bringt uns zurück zu dem, was man "Neokolonialismus" nennt.

Die Strategien der Neokolonisatoren, um die Kontrolle zu behalten, einschließlich der kolonialen Schulden, beinhalteten: die automatische Konfiszierung der nationalen Reserven, das Vorkaufsrecht auf alle Rohstoffe oder natürlichen Ressourcen, das ausschließliche Recht, militärische Ausrüstung zu liefern und die militärischen Offiziere des Landes auszubilden, das Recht, Truppen im Voraus zu stationieren und im Land militärisch zu intervenieren, um ihre Interessen zu verteidigen, die Verpflichtung, das koloniale Geld zu verwenden, die Verpflichtung, die koloniale Sprache zur offiziellen Sprache des Landes und zur Sprache für Bildung und Geld zu machen, und vieles mehr.

weiter auf der nächsten Seite



# Über den Tellerrand

---

Wie bereits erwähnt, ist Afrika der reichste Kontinent der Welt. Die erste Welt ist dringend auf Afrika und seine natürlichen Ressourcen angewiesen, da es außerhalb Afrikas so gut wie keine alternativen Ressourcen gibt. Sie brauchen Afrika für ihre Handys, Flugzeuge, Autos, Schmuck, Gebäudetechnik usw. Afrika verfügt über die mit Abstand größten Goldreserven der Welt. Haben Sie sich jemals gefragt, warum 5000 Einheiten jeder afrikanischen Währung weniger wert sind als 1 Einheit einer Währung der ersten Welt? Wenn die Afrikaner fast alle Diamanten und das Gold der Welt besitzen?

Diese ganze Auferlegung des Kolonisators in jedem afrikanischen Land schafft also zwei Gruppen: diejenigen, die bereit sind, mit dem Kolonisator zusammenzuarbeiten und die Privilegiertesten zu werden, und diejenigen, die damit nicht einverstanden sind, weil sie kein freies und unabhängiges Afrika sehen. Oft führen dieselben Meinungsverschiedenheiten zu Konflikten zwischen Brüdern aus denselben Ländern. Diese Divergenzen bringen externe Gruppen mit sich, die ihre Revolutionen verkaufen, weil sie wollen, dass es Konflikte gibt, damit sie ihre Waffen stehlen und verkaufen können: Massenelend, Rassistische Morde,

Terrorismus, Drohungen, Flüchtlinge auf den Straßen, obdachlose Familien, Leichen in Gräben, verstümmelte Kinder, Minen, die auf Land ohne Wasser gelegt wurden und dort enorme Ressourcen verbrauchen, Hunger, usw.

Dies sind die Folgen, die den Kontinent, in dem die Wiege der Menschheit steht, in diese Lage gebracht haben, und manchmal ist die einzige Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen, die Neigung zum europäischen Traum (Migration/Flucht), denn Europa ist stabil, organisiert, bietet Chancen und ist geographisch der nächste Kontinent. Die Überfahrt zum Zielort ist hart und schwierig, die Routen sind gefährlich, Menschen ertrinken im Mittelmeer, Familien mit Kindern krabbeln über Stacheldraht, es geht darum, zu sterben oder ans Ziel zu kommen, und das alles, weil die Länder in den oben genannten Katastrophen stecken.

Damit möchte ich zum Schluss kommen, dass Migration/Flucht auch eine Folge der fehlenden Unabhängigkeit vom Herkunftskontinent ist, aber nicht der einzige Faktor, denn es handelt sich um ein sehr umfangreiches und umfassendes Thema.

---

## A independéncia em África é fictícia (Migração/refúgio)

von João Necas

Nenhum país africano é verdadeiramente livre ou independente; todos eles estão ainda a ser desestabilizados e manipulados para que os seus antigos colonizadores europeus ainda possam ter lucro. A educação é a única forma de a África se libertar da opressão do primeiro mundo.

A África é o continente mais rico do mundo. A superfície do berço da humanidade tem sido abençoada com infinita beleza e abundância de flora e fauna. África está a produzir a mais requintada colheita de cacau, café, fruta e legumes. É o lar de uma fauna selvagem incrivelmente diversificada e de vastos recursos marinhos.

A terra que é literalmente dourada é coberta de montanhas de cortar a respiração, rios que correm para os oceanos em frente de praias deslumbrantes espalhadas por quatro zonas climáticas diferentes. Para além dos tesouros óbvios do solo africano, tais como ouro e diamantes, a África tem cerca de 20 minerais únicos e preciosos.

É um paraíso, habitado pelas mais belas almas. No entanto, a riqueza do maior continente do mundo não tem sido uma bênção para África, mas uma maldição que a tornou no continente mais subdesenvolvido do planeta.

# Über den Tellerrand

---

Desde o século XIX que a África tem enfrentado a agressão imperialista europeia, pressões diplomáticas, invasões militares e eventuais conquistas e colonizações. Na década de 1870 (cerca de 200 anos após o pico do tráfico transatlântico de escravos), impérios europeus, tentavam ganhar o controlo dos reinos, tribos e sociedades africanas, reivindicando vastas áreas de África e, conseqüentemente, tomando os seus recursos naturais.

Naturalmente, os africanos resistiram e insistiram na manutenção de um sistema de interação comercial com os estrangeiros que expressaram a sua soberania como entidades políticas e económicas autónomas, mas após algumas décadas a sua resistência foi derrotada com sucesso pelas tecnologias militares superiores deste imperios europeus.

Ainda hoje, 14 países africanos continuam a ser economicamente oprimidos pela França através de um pacto colonial que os obriga a colocar 85% das suas reservas estrangeiras no banco central da França sob o controlo do Ministro das Finanças francês.

Os líderes africanos que se recusam a pagar são levados a medidas extremas ou tornam-se vítimas de golpes de Estado. Aqueles que obedecem são apoiados e recompensados com um estilo de vida pródigo, enquanto o seu povo tem de suportar a pobreza extrema e o desespero.

Mas a França não é o único culpado neste continente: eles são apenas os mais óbvios. Outros países europeus sem querer destaca-los utilizam as mesmas estratégias ou estratégias semelhantes para manter o controlo das suas "antigas" colónias. Este tipo de atitudes nos remete a então o chamado de "Neo-Colonialismo".

As estratégias dos neo-colonizadores para manter o controle, incluindo a dívida colonial, o confisco automático das reservas nacionais, o direito de primeira recusa sobre qualquer recurso bruto ou natural, o direito exclusivo de fornecer equipamento militar e treinar os oficiais militares do país, o direito de pré destacamento de tropas e intervir militarmente no país para defender os seus interesses, a obrigação de utilizar o dinheiro colonial, a obrigação de tornar a língua colonial como língua oficial do país e a língua para educação e dinheiro, e muito mais.

Como anteriormente mencionado, África é o continente mais rico do mundo. O primeiro mundo

precisa desesperadamente de África e dos seus recursos naturais, uma vez que os recursos alternativos são quase inexistentes fora de África. Precisam de África para os seus telemóveis, aviões, carros, jóias, tecnologia de construção, etc. África tem de longe as maiores reservas de ouro do mundo. Já se perguntou porque 5000 unidades de cada moeda africana valham menos de 1 unidade de qualquer moeda do primeiro mundo? Se os africanos são os proprietários de quase todos os diamantes e ouro do mundo?

Então, esta toda impusicao do colonizador em qualquer país africano faz com que se crie dois grupos, aqueles que estão dispostos a colaborar com o colonizador e esses se tornam os mais privilegiados e aqueles que não concordam porque não se sentem numa África livre e independente, por vezes e tantas vezes essas mesmas diferenças de ideias criam conflitos entre irmãos de mesmo países, essas divergências trazem consigo grupos externos que vendem as suas revoluções porque desejam que exista conflitos para poder roubar e vender as suas armas, no final de tudo isso quem sofre mais são as populações, e a guerra é um mal de um país, como consequência: Misérias de massa, genocídios de raças, terrorismo, ameaça, refugiados nas estradas, famílias sem casa, cadáveres nas valas, crianças mutiladas, minas semeadas em terras sem água, fome, e etc.

Essas são as consequências que colocam o continente berço nessa posição e por vezes, sendo muitas das vezes a única forma de se livrar desse quadro é se predispor ao sonho europeu (migração/refúgio), visto que a Europa apresenta estabilidade, organização, oportunidades e geograficamente é o continente mais próximo, a travessia até chegar ao destino é dura e difícil, as rotas são perigosas, pessoas afogam-se no mediterrâneo, famílias com crianças rastejam-se em arames farpados, é morrer ou chegar aonde se quer ir, tudo porque os países encontram-se em catastrofes acima referido.

Com isto queria concluir que a migração/refúgio é também consequência da falta de independência na sua íntegra do continente berço mas não é o único fator pois é um tema muito vasto e abrangente.

## Tulpen auf der Straße Widerstand afghanischer Frauen gegen die Taliban

von Arija Faizy

Kabul ist wieder zur seelenlosen Geisterstadt ohne Gesichter, zur Hauptstadt der Hölle geworden.

Die afghanischen Frauen werden erneut aus der Gesellschaft verbannt. Diesmal mit der Zustimmung der westlichen Kräfte, die sich bewusst auf die Taliban 2.0 eingelassen haben. Taliban 2.0, die ihre überlegene Verhandlungsposition und die Abhängigkeit des Westens nach dem katastrophalen Abzug und dem Scheitern des zwanzigjährigen „War on Terror“ aus Afghanistan zu nutzen wissen. Taliban 2.0, die friedlich und offen wirken, mit denen Vertreter:innen der Bundesrepublik in Doha aktuell Vereinbarungen aushandeln. Taliban 2.0 mit angepasster Sprache, ruhig wirkend. Taliban 2.0, die durch ihren Sprecher Zabihullah Mujahid verkünden lassen, dass in Zukunft freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland gepflegt werden sollen und die Frau Merkel herzlich nach Afghanistan einladen. Jedes Individuum, das im Islamischen Emirat lebt, solle frei über sich entscheiden können und es würden keinerlei Gefahren für das Leben von Afghan:innen bestehen. Taliban 2.0, die nach außen hin zwar als Einheit auftreten, in sich jedoch zerstritten und in drei Gruppen zersplittert sind, und – wenn man den Berichten glauben darf – ohne Führung sind. Taliban 2.0, die zur Freude der Bundesregierung ihre Bereitschaft signalisieren, abgeschobene „Straftäter:innen“ aufzunehmen und nach den Gesetzen der Scharia zu bestrafen, sodass offizielle Lageberichte, die über einen humanitären Schutzstatus entscheiden, nicht mehr frisiert werden müssen. Das Ziel dieser Taliban 2.0 sei es, in Afghanistan eine sichere Umgebung zu schaffen und eine Regierung zu etablieren, die von allen Ländern akzeptiert wird.

Die Taliban, die seit 1995 für unzählige Selbstmordattentate, Morde, Hinrichtungen, Steinigungen und Vergewaltigungen verantwortlich sind, haben sich scheinbar über Nacht verändert und sind nun Gentlemen mit Bärten. An diesem Bild muss dringend festgehalten werden, denn eine Zusammenarbeit mit offenkundigen Kriegsverbrechern, korrupten Politikern, Warlords und Drogenbaronen schadet dem Selbstbild des aufgeklärten und moralisch über-

legenen Westens. Aus Feinden werden Verbündete – und Verbündete wäscht man sich rein.

Bereits am Anfang des scheinheiligen Einsatzes für Peace and Democracy, bei dem offenbar unter anderem die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werden musste, hat man bei der Petersberger Afghanistan-Konferenz im Winter 2001 in Bonn mit Kriegsverbrechern zusammengearbeitet. Ganz zeitnah hat man eine General Amnesty für alle Kriegsverbrechen der letzten Jahre ausgesprochen und so den neuen Verbündeten zur politischen Legitimation verholfen - ohne die Beteiligung der afghanischen Bevölkerung, Opfer dieser Verbrechen.

Interessanterweise kopieren die Taliban jetzt das Verhalten des Westens und erteilen Amnestien für ehemalige Regierungsmitarbeiter:innen, Soldat:innen und Polizist:innen. Es findet so wieder eine Verschiebung und Umkehr von Tätern und Opfern statt.

Während des gesamten NATO-Einsatzes der letzten 20 Jahre gab es viele massive Anschläge auf die afghanische Bevölkerung und auch die sogenannten Friedensverhandlungen in Doha wurden von Gewalttaten der Taliban begleitet - sicherlich waren das noch die 'alten' Taliban.

Für Frauen war das Überleben in Afghanistan bereits vor der vollständigen Machtübergabe an die Taliban am 15. August 2021 kaum möglich. Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt erfahren 87 % der Frauen – 62% davon mehrfach (Lagebericht des Auswärtigen Amtes 2020). Die Anzahl der Femizide ist in ihren Details nicht erfasst, aber es vergeht kein Tag ohne und es werden mehr. Die bereits fatale Situation der Frauen hat sich in den letzten Wochen drastisch verschlechtert. Die Frauen werden aus der Gesellschaft ausgeradiert – das Straßen- und Stadtbild ist Männer-dominiert. Plakate, auf denen Frauen abgebildet waren, wurden mit weißer Farbe übermalt. Wenige Tage nach dem Sturz Kabuls waren in den TV Shows kaum noch weibliche Moderator:innen zu sehen. Aktivist:innen tauchen unter und versuchen zu fliehen. Sie löschen ihre Social Media Accounts. Musiker:innen wird verboten, weiterhin Musik zu ma-

# Über den Tellerrand

---

chen. In den Provinzen Badachschan und Takhar wurden Mädchen und Frauen ab 12 Jahren aufgelistet, damit sich Talibankämpfer eine Frau aussuchen können. Witwen sollten laut einem offiziellen Aufruf der Taliban als Sexsklavinnen dienen. Der Zugang zu Bildung ist enorm eingeschränkt. Die Möglichkeiten für Schüler:innen sind noch nicht abschließend geklärt. Student:innen wird der Zugang zu allen Fakultäten der Universität, mit Ausnahme des Gesundheitswesens und des Bildungssektors, verweigert. Professor:innen dürfen ihre Lehre nur noch vor Frauen abhalten. Frauen werden auf dem Weg zur Arbeit aufgehalten und nach Hause geschickt. Grund dafür sei laut Taliban die physisch und mental unsichere Lage für Frauen während der Transition.

Während sich am 11. September 2021 viele Menschen auf den Sozialen Medien unter dem Hashtag #neverforget daran erinnern, wo sie jeweils vor 20 Jahren bei dem Angriff auf die Twin Towers – einem einschneidenden Ereignis – gewesen sind, finden die Jahre 1996 bis 2001 in Afghanistan im internationalen Kollektivgedächtnis nicht statt. Die Tatsache, dass die afghanische Bevölkerung noch immer den Preis eines Rachefeldzuges für eine Tat, die sie nicht begangen hat, bezahlt und besonders vom islamistischen Terror betroffen ist, wird außer Acht gelassen.

Parallel zu den Gedenkfeiern zu 09/11 erschienen sehr medienwirksam Bilder und Videos einer Hollywood-tauglichen Inszenierung der Fortführung der afghanischen Dystopie durch die Taliban. In Kabul demonstrierten Frauen auf dem Gelände der Education University und versammelten sich dann in einem Hörsaal, der mit unzähligen Flaggen des Islamisches Emirats Afghanistan dekoriert war. Sie signalisierten ihre Unterstützung für die neue Regierung der Taliban und verkündeten auf Transparenten, sie seien mit der islamischen Einstellung und dem Verhalten der Mujahedin (so nennen sie die Taliban 2.0) zufrieden. Die Demonstration wurde von Sicherheitskräften der Taliban begleitet. Es sind dieselben Sicherheitskräfte, die andere Demonstrant:innen brutal zusammenschlagen. Die Demonstrant:innen trugen bodenlange schwarze Gewänder, schwarze, kapuzenähnliche Kopfbedeckungen und schwarze Handschuhe. Solch eine Verschleierung war in Afghanistan bisher noch nie zu sehen. Die neue PR und Marketingmaschine der neuen Taliban möchte uns glauben lassen, dass die Afghan:innen mit der Gewährung ihrer vermeintlich islamischen Rechte einverstanden sind und ihre Tätigkeit auf das Gesundheitswesen und den Bil-

dungssektor reduzieren lassen.

Mit einem Herz voller Hoffnung und der größten Bewunderung für den Mut schaue ich auf die Berichte über die zahlreichen von Frauen angeführten Demonstrationen in ganz Afghanistan. Sie sind es, die vor den Taliban warnen und die Gräueltaten, die vor allem gegen Frauen gerichtet waren, nicht vergessen. Es sind diese Afghaninnen, die ihr Recht auf politische Teilhabe – Wahlrecht und Partizipation bis hin zum Präsident:innenamt, einfordern. Sie fordern Teilhabe im Rechtswesen und die Zulassung zum Richterinnenamt. Sie demonstrieren für ihr Recht auf Besitz und Eigentum. Sie verlangen, arbeiten zu dürfen, in von ihnen ausgewählten Berufen, und dies bei gleicher Bezahlung. Sie demonstrieren für Rede- und Meinungsfreiheit und fordern die Taliban auf, ihre Bestimmung der Scharia zu benennen und genauer zu definieren. Diese Frauen lassen sich nicht von den Taliban 2.0 blenden.

Die Frauen Afghanistans wissen, was in den vergangenen 42 Jahren Krieg und Besatzung - angefangen durch die russische Invasion und zuletzt durch über 40 Staaten - in Afghanistan passiert ist. Sie verzeihen die Kriegsverbrechen nicht. Sie kennen die geopolitische Attraktivität Afghanistans mit seinen zahlreichen unverzichtbaren Rohstoffen. Ihnen ist die miese Rolle der Nachbarländer, die von Afghanistans Instabilität profitieren und eine Teilung Afghanistans anstreben, bewusst. Diese Frauen lassen sich nicht von außen zu ethnischen Konflikten anstacheln. Sie lassen nicht zu, dass ihr Widerstand instrumentalisiert wird. In ihre Hände lege ich meine Hoffnung auf ein freies, unabhängiges Afghanistan ohne fremde Einmischung.

**Nachtrag:** Die verbreitete Anspruchs- und Erwartungshaltung von Teilen der deutschen Gesellschaft, die Komplexität der politischen Lage Afghanistans und der afghanischen Bevölkerung - innerhalb Afghanistans sowie auch in der Diaspora – in wenigen Sätzen erklären bzw. verstehen zu können, ist für viele Betroffene unerträglich. Die Indifferenz bezüglich der unterschiedlichen politischen Akteur:innen und deren politischer Vergangenheit strotzt vor Ignoranz und zeigt, wie dringend notwendig eine lückenlose Aufarbeitung der überheblichen, fehlerhaften, verantwortungs- und planlosen deutschen Afghanistanpolitik ist. Darüber hinaus zeigt es auch, wie gefährlich eine generelle Amnestie ist, die dazu führt, dass Täter und Opfer nicht mehr als solche benannt werden und Kriegsverbrecher stattdessen zu Nationalhelden werden.

## Mit Power durch die Mauer!!!

von Alde

Der Freiheit beraubt / ganz ohne Verbrechen  
der Freiheit beraubt / zu administrativen Zwecken  
und ausgebaut / wird Abschiebehaft

die Einschränkung der Rechte / forciert mit aller Kraft  
zugleich der Knastleitung / immer mehr Macht  
Rinösel bestimmt die Regeln / er ahndet Verstöße  
richtet willkürlich und bestraft  
exekutiert in Einzelhaft

Keine Straftat begehen / trotzdem Monate sitzen  
für reibungslose Abschiebung / mit schärferen Gesetzen  
Menschen in Isolation / weil sie "Ordnung" verletzen  
eure Ordnung heißt in Wirklichkeit / Rassismus und Hetze

Hook: Wir müssen euch dran hindern / Menschen zu  
vertreiben  
für Bewegungsfreiheit / das Recht zu gehen und zu  
bleiben!  
Büren zersetzen! / Rassismus zerfetzen!  
No Border No Nation Stop Deportation!

Isolationshaft ist Folter / für Rinösel kein Problem  
leere Wände, Loch im Boden / wirst du ihm unbequem  
1 b neu ist ein Freifahrtschein  
uneingeschränkt rassistisch zu sein

niemand sieht was dort passiert / Security kann frei agieren  
rassifizieren / diskriminieren  
sie werden eh nix verlieren / denn niemand wird es  
interessieren  
Büro-Faschisten-Prack - ich hab euch satt!

Überprüfung nur von einer Seite / Anzugträger,  
Kragenweite  
wer hat die Kontrolle / durch Protokolle?  
Bürokratie, Beamte, / Gerichte, Behörden  
und was ist ihre Rolle? / Leben brechen, Leben zerstören

Hook: Wir müssen euch dran hindern / Menschen weiter  
zu vertreiben

für Bewegungsfreiheit / das Recht zu gehen und zu  
bleiben!

Büren zersetzen! / Rassismus zerfetzen!

No Border No Nation Stop Deportation!

Leben minus Freiheit / ist in Wahrheit vegetieren  
Menschen wegsperren / als Problem inszenieren  
Leben minus Freiheit / heisst Fenster mit Gittern  
heißt dass Unschuldige / 2019 noch zittern

Es geht um Menschen / wie euch und mich  
doch in eurer rassistischen Logik sind sie nicht  
ihnen gebührt Anerkennung / vergesst das nicht  
- samma ihr Vollhorste, schämt ihr euch nicht?

Ein Beirat voll Parteien / die nicht unparteiisch sind  
und nicht Partei ergreifen / gegenüber Unrecht blind  
an den Rahmen fesseln / ruhigstellen und bestrafen  
was versäumt der Beirat / das als Folter zu entlarven?

Hook: Wir müssen euch dran hindern / Menschen weiter  
zu vertreiben

für Bewegungsfreiheit / das Recht zu gehen und zu  
bleiben!

Büren zersetzen! / Rassismus zerfetzen!

No Border No Nation Stop Deportation!

Wir müssen euch dran hindern / Menschen weiter zu  
vertreiben

für Bewegungsfreiheit / das Recht zu gehen und zu  
bleiben!

Büren zersetzen! / Rassismus zerfetzen!

No Border No Nation Stop Deportation!

## Oh meine Dame

von Mohammad Al Hazaa

Oh meine Dame, wie sehr wünschte ich, ich hätte dich im Zeitalter der Aufklärung, im Zeitalter der Fotografie oder im Zeitalter der Pioniere geliebt.

Wie sehr wünschte ich, ich könnte dich eines Tages in Florenz, Cordoba, Kufa, Aleppo oder in einem Haus in den Gassen der Levante treffen.

Oh meine Dame, wie gerne würden wir in ein Land reisen, das von Gitarrenmusik regiert wird, wo Liebe ohne Mauern, Worte ohne Mauern und Träume ohne Mauern herrschen.

Oh meine Dame, mach dir keine Sorgen um die Zukunft.

Oh meine Dame, meine Zärtlichkeit wird stärker werden, sie wird intensiver werden als zuvor.

Du bist eine Frau, die in der Geschichte der Blumen, in der Geschichte der Poesie, und in der Erinnerung an Lilie und Basilikum einzigartig ist.

Oh die Dame der Welt, nur deine Liebe wird mich beschäftigen in dem was kommt, du bist meine erste Frau, meine erste Mutter, meine erste Gebärmutter, meine Leidenschaft und meine Lust, mein Halt in Zeiten der Flut.

Oh meine Dame.

يا سَيِّدَتِي كَمْ أَتَمَنَى لَوْ أَحْبَبْتُكَ فِي عَصْرِ التُّنُوبِ وَفِي عَصْرِ التَّصْوِيرِ وَفِي عَصْرِ الرُّوَادِ

كَمْ أَتَمَنَى لَوْ قَابَلْتُكَ يَوْمًا فِي فِلَرْنَسَا أَوْ قَرطَبَةِ أَوْ فِي الكُوفَةِ أَوْ فِي حَلِبْ أَوْ فِي بَيْتِ مَنْ حَرَاتِ الشَّامِ

يا سَيِّدَتِي كَمْ أَتَمَنَى لَوْ سَافَرْنَا نَحْوَ بِلَادِ يَحْكُمُهَا الغَيْتَارُ حَيْثُ الحَبُّبِلا أَسَوازُ وَالکَلِمَاتِ بِلَا أَسَوازِ وَالأَحلامِ بِلَا أَسَوازِ

يا سَيِّدَتِي لا تَنشَغِلِي بِالمَسْتَقْبَلِ

يا سَيِّدَتِي سَوفَ يَظَلُّ حَنينِي أَقوى مِمَّا كانَ وَأَعنَقَمَ ما كانَ

أَنبِئِ امْرَأَةً لا تَتَكَرَّرُ فِي تَاريخِ الوَرْدِ وَفِي تَاريخِ البِشغَرِ وَفِي ذَاکِرَةِ الرِّنيقِ وَالرِّيحانِ

يا سَيِّدَةَ العالَمِ لا يُشغِلُنِي إِلا حُبُّكَ فِي آتِي الأَيامِ أَنبِئِ امْرَأَتِي الأُولَى أُمِّي الأُولَى رَحِمِي الأُولَى شَغَفِي الأُولَى شَبَقِي الأُولَى طَوقِ نِجاتِي فِي رَمانِ الطُّوفانِ

يا سَيِّدَتِي

# Impressum

---



## Herausgeber:in

AK Asyl e.V.  
Friedenstraße 4-8  
33602 Bielefeld

## Adresse

Friedenstraße 4-8  
33602 Bielefeld

## Kontakt

Telefon: 0521 / 546515-0  
Telefax: 0521 / 546515-99  
E-Mail: [info@ak-asyl.info](mailto:info@ak-asyl.info)  
Homepage: [www.ak-asyl.info](http://www.ak-asyl.info)

## Autor:innen

Alarmphone Ortsgruppe Bielefeld, Alde, Arija Faizy, Franziska Fritz, Initiative für einen Gedenkort Bielefeld, Isabelle Sanders, João Necas, Katharina Bracke, Kathrin Dallwitz, Klaus Daniel, Lina Honens, Marianne Damaschke, Marina Raaz, Mathis Bauer, Mohammad Al Hazaa, Oezkan Aksoy, Okan Uludasdemir, Sabine Brunzlik

## Layout

Sophia Stockmann / Hendrik Unger / Lina Honens

## V.i.S.d.P.

Isabelle Sanders

---

### Bildverzeichnis

Seite 01: Logo AK Asyl e.V.  
Seite 05: eigenes Bild  
Seite 07: eigenes Bild  
Seite 09: eigenes Bild  
Seite 11: Logo Medinetz

Seite 19: Diakonie für Bielefeld gGmbH  
Seite 21: eigenes Bild  
Seite 23: Cathsign, Wikimedia, CC BY-SA 4.0  
Seite 26: Logo Alarmphone  
Seite 34: Logo AK Asyl e.V.



